

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

02/ 10 • 21. Jahrgang
03/ 10

Der kurze Herbst	2
ALLIGATOR-Intro	2
Grußwort	3
Gründungsaufruf	4
Neue Natur- und Umweltschäden	5
Interview mit Klaus Schlüter	9
Umweltinformationen	11
20 Jahre	12
Nachhaltige Organisationen	15
Umweltbewegung 2.0	19
Aktuelle Projekte	21
Dies & Das	23
Adressen	24

20 Jahre GRÜNE LIGA

**Visionen haben
Netzwerk knüpfen
Handeln anregen**

Bild: Titelseite
Copyright Marc
Wiemers

„Der kurze Herbst der Utopie“ heißt eine Ausstellung des Hauses der Demokratie und Menschenrechte in Berlin, die sich mit den Ereignissen und Ergebnissen von 1989 beschäftigt. Nicht nur eine anregende Materialzusammenstellung, sondern auch ein treffender Titel: 1989: Einen Moment lang schien alles möglich, Probleme kamen auf den Tisch (den eckigen Runden). De-

halten, die ostdeutschen Kernreaktoren wurden abgeschaltet, Schaumkronen verschwanden von den Flüssen ... Die Natur- und Umweltprobleme jedoch sind nicht verschwunden. Der erweiterte Blick läßt uns noch schärfer die Dimension der Themen und Fragestellungen erkennen. Und: Ökologische Probleme haben neue Vorzeichen: Sie entspringen nicht mehr

tiefgreifende ökologische Wende schwer. Doch wer den Klimawandel ernsthaft begrenzen will, der muß jetzt die großen Weichen stellen und darf seine Zeit nicht auf den Energiesparlampen-Spielwiesen vertun, obwohl auch die vielen kleinen Schritte wichtig sind. Sich auf den CO₂-Minderungszahlen der zerfallenen ostdeutschen Industrielandschaft auszuruhen ist kein ambitioniertes Klimakonzept. Das Netzwerk GRÜNE LIGA hat sich auch nach 20 Jahren nicht erledigt: Seine Aufgabe ist es, Konzepte und Visionen (weiter) zu entwickeln, sie langfristig zu verfolgen, Politikerinnen und Politiker und andere Entscheidungsträger für eine umfassende Ökologisierung der Gesellschaft anzutreiben, jahrelang, wenn es sein muß, und auf allen Handlungsebenen. Parallel ist es wichtig, globale Probleme herunterzubrechen und vor Ort mit Projekten und Aktionen ganz konkrete und beispielhafte Impulse zu geben, Ökologie zu leben.



monstrationen, Diskussionen, Foren, Konzepte prägten die Szenerie. Jeder wollte mitmachen, viele taten es sogar, und Vieles wurde erreicht: Wasseruhren und Heizkostenzähler machen Umweltverbrauch faßbar, Umweltthemen haben Eingang in Schulbücher ge-

den Facetten der Mangelwirtschaft im abgehalfterten Sozialismus, sondern habe ihre Basis im Wachstumsdenken der Marktwirtschaft. Angesichts von Konsumterror, Gewinnmaximierung auf Kosten begrenzter Ressourcen, hemmungslosem Zinsstreben hat es eine

Liebe Grünligistinnen und Grünligisten, danke für 20 Jahre Umwelt-Schwung. Bleibt dran am Thema!

Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, danke für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. Ehrlich gesagt: Ohne Ihre Hilfe geht es nicht. Wir benötigen mehr MitstreiterInnen, mehr Mitglieder, mehr FörderInnen und mehr Geld.

// Katrin Kusche
Bundesgeschäftsführerin GRÜNE LIGA

ALLIGATOR-Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



3.2.1990 Schkopau: Im Klubhaus des VEB Chemische Werke Buna gründen Hunderte Delegierte – mit durchaus kontroversen Vorstellungen und Herangehensweisen – die GRÜNE LIGA. Es ist 20:13 Uhr als Heidrun Rottenbach zum Schluß der Satzungsdiskussion unter dem Jubel der Anwesenden die Gründung verkündet. 20 Jahre sind vergangen, eine kurze Zeit und doch aufgrund der Ereignisse und tiefgreifenden Umbrüche eine vollgepackte, dichte und daher „lange“ Zeitspanne. Unmöglich für den Alligator, die Entwicklung der GRÜNEN LIGA, ihrer Gruppen, ihrer Struktur, ihrer Erfolge oder Niederlagen im Detail nachzuzeichnen. Daher sind in dieser Jubiläumsausgabe Beiträge von Autoren zusammengetragen, die anstehende Themenfelder beleuchten oder vor dem Hintergrund der Rückschau künftige Wege aufzeichnen, Denkanstöße geben wollen. Das Redaktionsteam freut sich auf eine rege Diskussion.

//Katrin Kusche

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Klaus Schlüter

Redaktion
Katrin Kusche (Chefredakteurin)
Oliver C. Pfannenstiel
Anke Siegert

Layout
Alexandra Hennig
Umschlaggestaltung und Fotos
Marc Wiemers

Fotos: namentlich gekennzeichnet, sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo
18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage
5.000

Spendenkonto
80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen

GRÜNE LIGA: „Ein Stück selbst erkämpfte Freiheit“

20 Jahre Netzwerk Ökologischer Bewegungen und die Mühen der Ebene



Ausgerechnet eine Dreckschleuder wie die Buna-Werke Schkopau sollte der Ort sein, an dem vor 20 Jahren für viele Umweltaktivisten in Ostdeutschland ein Wunsch in Erfüllung ging: Der erste unabhängige Umweltverband der DDR wurde gegründet. Endlich ohne staatliche Bevormundung und Bedrohung die gravierenden Umwelt- und Gesundheitsprobleme, die Belastung von Luft, Wasser und Boden laut beim Namen nennen und sich aktiv für Veränderungen einsetzen. Endlich die soziale Verantwortung nicht nur spüren, sondern auch wahrnehmen und sein Land mit gestalten können. Das war ein riesiger Erfolg.

Wer wie ich im Westen aufgewachsen ist, kann sich die Aufbruchstimmung von damals kaum vorstellen. Westlich der Elbe war diese Freiheit selbstverständlich und garantiertes Recht wie heute im ganzen Land. Das war eben das Besondere der GRÜNEN LIGA: Sie ist ein Stück selbst erkämpfte Freiheit von jenen, die gegen das System maßgeblich die Wende in der DDR herbeigeführt haben. Daran muss und soll auch 20 Jahre danach erinnert werden. Denn man spürt es heute noch. Die Aufbruchstimmung mündete allerdings bald in die Mühen der Ebene: Freiheit bedeutet eben nicht nur Hoffnung und ist eine Grundvoraussetzung, die Umweltprobleme in den Griff zu be-

kommen. Freiheit kann auch eine von Verkehrswegen zerschnittene Natur, Abholzung des Regenwaldes und drohender Klimakollaps heißen, die Kehrseite eben. Oft ist sie mühselig, weil sich widerstrebende Interessen gegenüberstehen, weil sich in Kompromissen keine Maximalforderungen unterbringen lassen. Das wurde schnell klar, nachdem die Rauchschwaden von Braunkohle und Chemieindustrie verschwunden waren und wieder Lachse in der Elbe schwammen. Das Fazit: Freiheit muss so gestaltet werden, dass wir uns nicht selbst der Lebensgrundlagen berauben. Genau dies scheint mir auch das Credo der GRÜNEN LIGA zu sein, ob bei lokalen Projekten für die biologische Vielfalt oder Aktionen gegen den weltweiten Klimawandel. Unkonventionelles Denken auch über Systemgrenzen hinweg, stets die sozialen Probleme ebenso im Blick wie die ökologischen – das macht die besondere Farbe, die Kreativität der GRÜNEN LIGA im Chor der deutschen Umweltverbände aus. Und genau die brauchen wir, weil wir aktuell nicht nur mit den Auswirkungen der größten Finanzkrise zu kämpfen haben, sondern langfristig einen weit sensibleren Kapitalstock erhalten müssen: unsere Umwelt. Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaftsordnung und dürfen nicht an dem Ast weitersägen, auf dem wir sitzen. Das heißt aus meiner Sicht nicht Abschaffung des Marktes, sondern Durchsetzung des übergreifenden Prinzips der Nachhaltigkeit in der Marktwirtschaft. Ökologische Politik muss Grundlage unseres Wirtschaftens sein. Sie ist zugleich Innovations- und Wirtschaftsstrategie, die selbst Technologiemarkte schafft und damit Menschen in Lohn und Brot bringt. Die erneuerbaren Energien sind ein gutes Beispiel dafür.

Zukünftig sehe ich insbesondere zwei Schwerpunkte in der deutschen Umweltpolitik: Wir müssen den fort-

schreitenden Klimawandel bekämpfen und die biologische Vielfalt erhalten. Mehr Klimaschutz verbessert nicht nur die Überlebenschancen von Hunderten Millionen Menschen weltweit, er führt auch zu einer wirtschaftlichen Modernisierung unseres Landes. Es gibt kaum einen anderen Wirtschaftszweig, der ähnlich hohe Wachstumsraten hat wie der Markt für Umwelttechnologien. Ebenso schmälert der noch immer dramatische Verlust der biologischen Vielfalt die Entwicklungschancen künftiger Generationen unwiederbringlich. Mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt hat Deutschland sich verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten, um den weltweiten Verlust der Biodiversität einzudämmen. Für beide Ziele brauchen wir den Einsatz der Umwelt- und Naturschutzverbände vor Ort – in West und Ost. Wirksamer Umwelt- und Naturschutz ist ohne das Engagement der aktiven ehrenamtlichen Naturschützerinnen und -schützer nicht möglich. Deshalb sind Verbände und Initiativen im Umwelt- und Naturschutz wichtige Verbündete der Umweltpolitik. Durch das Vertrauen, das die Verbände in der Öffentlichkeit besitzen, können sie umweltpolitische Themen glaubwürdig kommunizieren. Wenn wir Reformen für die Umwelt umsetzen wollen, müssen wir die Bevölkerung von ihrer Notwendigkeit überzeugen und gesellschaftliche Mehrheiten organisieren. Die Forderungen der Verbände geben der Umweltpolitik oft den notwendigen Rückenwind in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen.

In diesem Sinne herzlichen Glückwunsch zum 20. „Geburtstag“. Ich zähle auf Sie.

Ihr
Norbert Röttgen

Wir haben keine Zeit mehr

Gründungsaufruf für eine „Grüne Liga“

Das Wissen um den Ernst und die Dringlichkeit der globalen und lokalen ökologischen Probleme führte uns zusammen. Die Mitverantwortung, die jeder von uns für die Lösung der anstehenden, schier unbewältigbaren Aufgaben des Umweltschutzes in der DDR in sich spürt, drängt uns zum Handeln. Dieses Handeln kann nur ein gemeinsames sein. Ungeachtet unterschiedlicher Erfahrungen und Weltanschauungen wollen wir uns zusammenschließen zur Aktionseinheit aller umweltbewußten Kräfte. Wir rufen daher zur Gründung einer „Grünen Liga“ auf.

Sie soll unser gemeinsames Dach zur Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zur Stimulierung alternativer Denk- und Verhaltensweisen und zur Überwindung des ökologischen Handlungsdefizits in unserer Gesellschaft sein.

Alle bereits bestehenden und die sich neu bildenden Gruppen sowie alle Bürgerinnen und Bürger, die sich diesem Anliegen verpflichtet fühlen, rufen wir auf, sich bei Bewahrung ihrer Eigenständigkeit und ihrer Identität dieser Initiative anzuschließen. Wir schlagen die Durchführung einer Gründungsversammlung zum frühestmöglichen Zeitpunkt vor, auf der neben den Fragen der Struktur und Arbeitsweise u. a. auch folgende dringende Sachprobleme auf der Tagesordnung stehen sollten:

Am 18.11.1989 wurde dieser Aufruf von 36 Personen in Berlin unterschrieben: von Mitgliedern der verschiedenen Interessengemeinschaften Stadtökologie zwischen Rostock und Karl-Marx-Stadt, von Mitgliedern einiger Ökologiegruppen an Hochschulen sowie von Vertretern kirchlicher Gruppen.

- Erarbeitung einer Strategie zum ökologischen Umbau der Gesellschaft einschließlich einer Belastbarkeitsstudie
- Kennzeichnung von ökologischen Katastrophengebieten der DDR
- Vorschläge für Sofortmaßnahmen
- ungeschminkte Darstellung der Umweltsituation in der DDR
- volle Zugänglichkeit zur Umweltüberwachung
- Bildung eines unabhängigen Ökologie-Institutes der DDR
- Bildung einer Kommission zur Aufdeckung aller schwerwiegenden Verletzungen des Landeskulturgesetzes, insbesondere durch Baumaßnahmen und andere Beeinträchtigungen in und an Landschafts- und Naturschutzgebieten
- Überarbeitung von Gesetzen und Beschlüssen
- Bildung einer AG zur Überprüfung der Energiepolitik
- Müll- und -import
- Überprüfung der Subventionspolitik unter ökologischen und sozialen Aspekten
- Einrichtung von Nationalparks und Biosphärenreservaten der DDR, insbesondere anstelle der bisherigen Staatsjagdgebiete und Truppenübungsplätze
- Vorschläge für die Erschließung gesellschaftlicher Reserven für die Abwendung der ökologischen Krise, insbesondere Aufdeckung von Verschwendungen und Privilegien
- Herausgabe einer massenwirksamen Monatszeitschrift für Natur- und Umweltschutz als öffentliches Informations- und Diskussionsforum der Bürger
- Bildung, Verwendung und öffentliche Kontrolle eines Öko-Fonds zur Förderung des ökologischen Umbaus, insbesondere von alternativen gesellschaftlichen Handlungsangeboten
- Sicherung eines festen, angemessenen Raumes für die Darstellung von Umweltproblemen und die ökologische Information in den Massenmedien, insbesondere im Fernsehen

Wir haben keine Zeit mehr – unsere einzige Chance liegt im gemeinsamen Handeln!



Tomas Brückmann

Neue Umweltschäden gefährden unsere Zukunft

Die Politik der neuen Bundesländer ist in der Lage, den aktuellen Gefahren entgegenzutreten – aber sie tut es nicht!

Schwarzbraune, penetrant stinkende Flüsse mit weißen Schaumkronen, schwarze Rauchschwaden über den Industriebetrieben und ein gelblicher Nebel mit stechendem Geruch in den Wohngebieten. Mit solch passenden Attributen präsentierte sich Ostdeutschland vielerorts im Jahre 1990 seinem Betrachter. Im Winter 2010, zwanzig Jahre später, bietet sich ein ganz anderes Bild: Mit milliardenschweren Investitionen in die Abwasserinfrastruktur und mit Betriebsschließungen sind aus stinkenden Kloaken fast klare Flüsse geworden. Der Lachs kehrte bis in die Bäche des Erzgebirges und der Sächsischen Schweiz zurück. Und über vielen neuen Industriebetrieben sind nur noch weiße Abgasfahnen zu sehen ... Auch in den Wohngebieten stinkt es nicht mehr. Die Luft hat sich hier durch die Ablösung des Energieträgers Braunkohle durch das emissionsärmere Erdgas verbessert. Doch vieles hat sich seit 1990 auch in Neufünfland verschlechtert. Neue Umweltschäden prägen die Szenerie. Meist kann man sie nicht auf den ersten Blick wahrnehmen. Oft sind sie nur unterschwellig zu erkennen und präsentieren sich nur dem aufmerksamen Auge. Jedoch gefährden diese neuen Gefahren die Lebens- und Umweltqualität der Menschen.

In den Parlamenten der neuen Bundesländer fehlt die aktive Umweltpolitik

Eine Besonderheit weisen die neuen Umweltschäden auf: Man kann ihnen entgegenwirken! Und das ohne große finanziellen Aufwendungen. Jedoch fehlt uns gegenwärtig eine engagierte Umweltpolitik in den Parlamenten der neuen Bundesländer – zumindest innerhalb der Regierungsparteien. An den folgenden Beispielen soll aufgezeigt werden, mit welchen Umweltproblemen Neufünfland im Jahre 2010 zu kämpfen hat. Die Beispiele entstammen meist aus Brandenburg und Sachs-

en. In Brandenburg sind die neuen Umweltschäden in einem von den Umweltverbänden 2009 herausgegebenen Schwarzbuch Umwelt gut aufgearbeitet und dokumentiert. In Sachsen lieferten meine Erfahrungen aus fünf Jahren aktiver Umweltpolitik im Sächsischen Landtag das Material für die Beispiele.

Ein ungebremster Flächenfraß zerstört unsere Landschaft

Die enorme Inanspruchnahme von Flächen zur Verkehrs- und Siedlungsentwicklung zählt zu den erheblichen Problemen der neuen Zeit. Bundesweit werden 106 Hektar (Basis 2006) pro Tag neu „in Anspruch genommen“. Das ist eine Fläche von mehr als 106 Fußballfeldern pro Tag. Sachsen zum Beispiel war es gelungen, diesen Flächenverbrauch erheblich zu reduzieren. So standen im Jahre 2005 „nur“ noch 3,3 Hektar pro Tag zu Buche. Dieser Wert schnellte 2007 wieder auf schwindelerregende 7,3 Hektar pro Tag. Dieser Flächenverbrauch ist auch ein Ergebnis unangepasster, nicht auf Flächeneinsparung ausgerichteter, Strukturfondsförderung. Wir „fressen“ so unsere Natur auf. Überdimensionierte Straßenprojekte rauben noch heute die knappen Finanzen und zerstören unwiederbringbar wertvolle Naturräume. Dabei ist in vielen der neuen Länder die Straßendichte der alten Bundesländer längst erreicht und teilweise schon überschritten. So kämpfen die sächsischen Umweltverbände ganz aktuell gegen zwei Straßenbauvorhaben, die größtenteils mit EU-Strukturfonds finanziert werden. Deren Planer wollen wertvolle Naturräume in Anspruch nehmen. So zum Beispiel der Neubau der Staatsstraße 46, der eine letzte Bach- und Weiteichsenke im Kreis Leipzig zerschneiden soll. Ebenso ist es Wille der sächsischen Genehmigungsbehörden, in Kreis Nordsachsen eine vierspurige Bundesstraße (B 87)

durch die Parthenaue zu führen. Auch 20 Jahre nach der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik funktioniert die Raumordnung nur unzureichend. Weiterhin entstehen neue Wohnsiedlungen in den Randbereichen der Städte und Dörfer. Und das in einer Zeit, wo von Mecklenburg bis Sachsen die Kommunalpolitiker gegen den Zerfall der historischen Zentren ihrer Klein- und Mittelstädte kämpfen. Die neuen Länder haben in vielen ländlichen Räumen in den nächsten Jahrzehnten mit einem starken Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Nicht wenige Regionen werden bis zum Jahr 2050 etwa die Hälfte ihrer Menschen verlieren. In Zeiten eines solchen demographischen Aderlasses ist es nicht zeitgemäß, die sogenannten Demographieregionen (Regionen mit hohem Rückgang der Bevölkerung) mit überdimensionierten Verkehrsvorhaben auszustatten. Gerade in diesen Regionen muss das Ziel der Landespolitik „Null Prozent“ Neufächen-Inanspruchnahme heißen. Städte mit einem Bevölkerungsrückgang müssen von außen nach innen zurückgebaut werden!

Unzerschnittene Landschaften werden immer seltener

Große unzerschnittene Räume werden bei der Bewertung der Landschaft zunehmend als ein begrenzt verfügbares Schutzgut angesehen. Der Verlust dieser Räume wird von einigen Fachleuten heute als eine der wichtigen Ursachen des Artensterbens gesehen. So erfolgte die Wiederbesiedlung der Lausitz durch



Tomas Brückmann ist Biologe sowie Kommunikationswissenschaftler und Ansprechpartner der Bundeskontaktstelle Nachhaltige Regionalentwicklung. Er arbeitete von 2005 - 2009 als parlamentarischer Berater bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag.

Bestandsaufnahme

den Wolf wesentlich in unzerschnittenen Räumen. In Sachsen existieren heute noch unzerschnittene Räume (größer als 40 Quadratkilometer) im Erzgebirge, in der Oberlausitz und in einigen Tagebaugebieten. Da sich unzerschnittene Räume häufig in den Grenzregionen befinden, ist eine transnationale Zusammenarbeit der Raumordnungsbehörden zur Bewahrung dieser Räume unbedingt notwendig. Die aktuellen Planungen zur Bundesautobahn von Magdeburg (BAB 14) nach Schwerin, gegen die Umweltverbände Sturm laufen, werden eines der größten unzerschnittenen Waldgebiete Deutschlands, die Colbitz-Letzlinger Heide in Anspruch nehmen. Zudem führt die Trassenplanung dieser Autobahn in Gebiete mit der geringsten Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik und zu einer starken Bevölkerungsabnahme.

Das Artensterben in der Agrarlandschaft läuft ungebremst

Einige Tierarten konnten sich in den letzten Jahren eines Zuwachses erfreuen. So sind bei ehemals stark bedrohten Vogelarten wie See- oder Fischadler, Kranich, und Wanderfalke wachsende Populationen zu beobachten. Auch der Wolf breitet sich von der Lausitz in einige Teile Deutschlands aus. Einem Lebensraum geht es in der Bundesrepublik aber besonders schlecht: der Agrarlandschaft. Über zwei Drittel der Tiere- und Pflanzenarten dieses Lebensraums stehen auf den Roten Listen der bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Tendenz steigend!

Hamster, Kiebitz und Rebhuhn sterben aus

Besonders hart trifft es auch hier die neuen Bundesländer. Die DDR-Landwirtschaft hat mit ihren großen Flächenstrukturen und der Flurbereinigung etlichen Arten ihren Lebensraum zerstört. Was viele aber nicht wissen: In den letzten 20 Jahren hält das Artensterben hier unvermindert an. Die Intensivierung der vorhandenen Flächen und Nutzungsänderungen haben nach 1990 das Artensterben fast in dem gleichen Maße anhalten lassen, wie es sich in den 1970er und 1980er Jahren vollzog. Hamster, Kiebitz und Rebhuhn stehen vielerorts vor dem Aussterben. Selbst der Hase zeigt in seinem Vorkommen ein klares Ost-West-Gefälle und hat bundesweit seine geringsten Bestände in Sachsen. Diese Arten können nur noch durch alsbaldige Artenschutzprogramme ge-

rettet werden! Besonders schlimm ist die Lage der Vögel des feuchten Grünlands. Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz warnte im Herbst 2009 vor dieser Gefahr. Grünlandumbruch und flächenhafte Entwässerungen führen zum Aussterben einer ganzen Artengruppe der Agrarlandschaft: der Watvögel. Der Große Brachvogel, Uferschnepfe, Rotschenkel und Bekassine sind in einigen Bundesländern schon ausgestorben oder extrem selten geworden.

Gefahren durch Bioenergien werden selten ernst genommen

Neu sind die Gefahren durch die Bioenergie für die Artenvielfalt. Landwir-

Doch wie das Land aktuell mit seinen Alleen umgeht, das schreit gen Himmel. Tausend, Stickstoff aus der Landwirtschaft, unsachgemäße Pflege und Überalterung lassen Brandenburgs Alleen schwinden. Bemühte man sich auf der Grundlage eines Alleenrunderlasses aus dem Jahre 2000 beseitigte Alleenbäume im Verhältnis 1 : 1 zu ersetzen, änderte sich das 2007. Mit dem Alleenkonzept der brandenburgischen Landesregierung aus dem Jahre 2007 trennte man sich aufgrund leerer Kassen von dem baumbezogenen Ausgleich. An Bundes- und Landesstraßen sollen jährlich nur noch 5.000 Bäume nachgepflanzt werden. Die Zahl der zu fällenden Straßenbäu-



te nutzen verstärkt Feldfrüchte zur Verwertung in Biogasanlagen. So wird in einigen sächsischen Regionen noch mehr Mais als zuvor angebaut. Der Mais aber hat einen hohen und dichten Wuchs, man spricht von einer Versiegelung der Ackerflächen. Sie verlieren ihre Bedeutung als Lebensraum für einheimische Pflanzen und Tiere. Außerdem werden andere Feldfrüchte wie Sommergetreide von den Äckern verdrängt, die nicht so lebensraumfeindlich wie Mais sind. Die Politik hat dieses Problem noch nicht erkannt. Im neu gegründeten Biomasseforschungszentrum in Leipzig fehlt noch immer eine Abteilung, die sich mit den Naturschutzproblemen beschäftigt, die beim Einsatz von Bioenergien auftreten.

Alleen und Straßenbäume gehen weiterhin im großen Stil verloren

Brandenburg gilt als das Land der Alleen. Im bundesweiten Vergleich belegt es einen stolzen ersten Platz.

me wird aber mit 9.000 angesetzt. Eine Ausdünnung und Beseitigung brandenburgischer Alleen ist damit vorprogrammiert. Ähnlich ergeht es den Straßenbäumen im Freistaat Sachsen. Die grüne Landtagsfraktion befragte die Staatsregierung nach der Bilanz der Bäume entlang sächsischer Bundes-, Staats- und Kreisstraßen. Das Ergebnis war erschreckend: 24.000 Bäume wurden zwischen 2006 und 2008 gefällt, aber nur circa 7.000 nachgepflanzt. Die Anzahl der Straßenbäume ist somit stark rückläufig! Besonders hart trifft es Obstbäume.

Aktuelle Forstwirtschaft ist dem Klimawandel nicht gewachsen und wirtschaftet wenig naturschutzgerecht

Naturnahe Wälder sind heute in den neuen Bundesländern rar. Das ist das Ergebnis der Forstpolitik der letzten 100 Jahre. Ich möchte am Beispiel des Freistaates Sachsen exemplarisch die Situation darstellen. In Sachsens

Wäldern überwiegen noch heute naturferne Nadelbaumforsten in einer sehr einseitigen Altersklassenzusammensetzung. 68,2 Prozent der Bäume sind Nadelbäume (vorwiegend die Kiefer und Fichte). 63 Prozent der sächsischen Wälder sind noch sehr jung. Sie befinden sich in den Altersklassen 0 bis 80 Jahre. Nur 20 Prozent sind über 100 Jahre alt. Gerade monokulturelle Nadelwälder in einer relativ gleichen Altersstruktur sind besonders anfällig gegen den Borkenkäfer wie auch für Witterungskalamitäten (Stürme und Schneebruch). So ist es kein Wunder, dass die von den Schadensereignissen betroffenen Bäume der letzten Jahre fast ausschließlich Nadelbaumforsten waren. Der prognostizierte Klimawandel wird den sächsischen Nadelbaumforsten zusätzlich zusetzen. Die Fichtenbestände im sächsischen Flach- und Hügelland werden weiteren Temperaturerhöhungen wie auch längeren und ausgeprägten Trockenperioden nicht gewachsen sein. Die Kiefernforsten sind ebenfalls sehr anfällig für Schädlinge und Waldbrände.

Waldumbau geht zu langsam voran

Die Politik in Sachsen hat das Problem erkannt und will die Wälder umbauen. Jedoch sind 1.500 Hektar Waldumbau bei einer Gesamtwaldgröße von 1.841.000 Hektar pro Jahr nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der prognostizierte Klimawandel bedarf ganz anderer Anstrengungen. Bei dem jetzigen Tempo des Waldumbaus wird der Klimawandel die Staatsregierung einholen. Das heißt, viele der Nadelwälder werden dem Klimawandel nicht gewachsen sein. Ganz ähnliche Probleme existieren in Brandenburg. Die Kiefer hält hier einen Anteil von 73 Prozent der Baumarten. Dazu kommen noch vier Prozent andere Nadelbaumarten. Im Klartext: Brandenburgs Wälder bestehen zu 77 Prozent aus naturfernen Koniferenforsten.

Hohe Wildbestände behindern den Waldumbau

Die hohen Wildbestände in Sachsen wie in Brandenburg behindern in vielen Fällen einen erfolgreichen Waldumbau. Oftmals ist dieser nur möglich, wenn man die Waldumbauflächen über mehrere Jahre einzäunt. In Sachsen bekennt man sich offen zu diesen Fakten. Jedoch fehlen die Taten! Und in Brandenburg fördert die Verwaltungsjagd waldunverträglich hohe Wildbestände. Die Ursache dieses Problems

solll an dieser Stelle klar angesprochen werden: Die mächtige Lobby der „Hobbyjäger“ bevorzugt Wildbestände, die bei geringem Aufwand einen guten Jagderfolg sichern. Und diese Lobby baut auf ihre Protagonisten in der Politik.

Problemkind Naturschutz im Wald

Naturschutz im Wald ist ein Problemkind. Sehr schwer tun sich damit die Forstbetriebe in Brandenburg und in Sachsen. Die Totholzanteile in den Wäldern beider Länder sind gering. Bei den aktuell sehr hohen Preisen und dem Bedarf an Brennholz fällt manch Höhlen- oder Horstbaum der Kettensäge zum Opfer. Problematisch aus Naturschutzsicht ist die Massenholzwirtschaft. Maschinengerechte Forste werden ausgebaut oder aufrechterhalten. Diese bringen aber nur minimale Wertschöpfungen für die ländlichen Räume. Auch die Art und Weise der Holzernte ist häufiger zu kritisieren. Sie erfolgt heute oft mit dem Harvester, der regelmäßig tiefe Wunden im Waldboden hinterlässt. Leipzigs Umweltverbände kämpfen seit Jahren gegen die Nutzung dieses rabiaten Holzerntegeräts in den geschützten Auewäldern.

„Wildwest“ in der Abfallpolitik

Vor der Wende zählten die Sondermülldeponien in Schönberg und Ketzin als willkommene Ablagerungsorte für den „Wohlstandsmüll West“. Die DDR ließ sich die Dienstleistung mit Devisen bezahlen. Sehr wenig bekannt ist, dass heute Sondermüll (im neuen Jargon „besonders überwachungspflichtige Abfälle“ genannt) aus ganz Europa die Deponien der Deponiekategorie III in Sachsen und anderen Bundesländern füllen. Abfall ist laut den gesetzlichen Vorgaben ein Handelsgut, und man kann gutes Geld damit verdienen. Der Freistaat führt die bundesweite Rankingliste der Abfallimporteure gleich nach Nordrhein-Westfalen an. Im Jahre 2008 wurden 783.220 Tonnen Sonderabfälle auf Deponien (Cröbern, Kodersdorf, Grumbach) und in Abfallbehandlungsanlagen Sachsens gebracht. Die Verarbeitung und Deponierung solcher Mengen „besonders überwachungspflichtiger Abfälle“ sollten besonders gut kontrolliert und überwacht werden, denkt sich jetzt der unvorbelastete Betrachter. Das ist aber nicht der Fall! Die Umweltbehörden sind mit der Kontrolle der gewaltigen Abfallströme hoffnungslos überlastet. Das nutzen findi-

ge Geschäftemacher, um gute Gewinne mit dem Abfallhandel zu machen. Häufig landet der Abfall nicht an dem vorgesehenen Ort.

Abfälle landen illegal in Lehm- und Tongruben

Besonders auffällig ist das in Sachsen-Anhalt. Hier machen sich windige Geschäftemacher, zu denen auch große Firmen gehören, ein Wirrwarr in der Verwaltungszuständigkeit zu Nutze. Das Oberbergamt ist im Wirtschaftsministerium für die Tagebaue, Ton- und Lehmgruben zuständig, das Umweltministerium für die Kontrolle von Abfallströmen. So werden Abfälle in Ton- und Lehmgruben gebracht und kaum kontrolliert. Das nutzen kriminelle Entsorger, um ihre Abfälle billig und nicht umweltgerecht zu entsorgen. Aufmerksam wurde man auf diesen Sachverhalt nicht etwa durch aufmerksame Behörden. Da brauchte es engagierter Journalisten des Nachrichtenmagazins Frontal 21, um die Öffentlichkeit auf die gravierenden Missstände in der Abfallentsorgung hinzuweisen. Übrig bleiben letztendlich Altlasten, die häufig die öffentliche Hand entsorgen muss. Jetzt müht sich im Magdeburger Landtag ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, um Licht in die dunklen Geschäfte zu bringen. In Brandenburg landeten die illegal deponierten Abfälle häufig direkt im märkischen Sand. Nach Angaben des BUND Brandenburg lagern derzeit über eine Million Tonnen illegaler Abfälle in Kiesgruben oder in Deponien. Von diesen Standorten gehen Gefahren für die menschliche Gesundheit aus. Denn oft fehlt den Deponien eine Basis- oder Oberflächenabdichtung. Die ehemaligen Betreiber der illegalen Anlagen haben die Gewinne längst privatisiert und in Sicherheit gebracht. Ein Bericht des Bundeskriminalamtes vom Herbst letzten Jahres spricht in diesem Zuge von Aktivitäten am Rande der organisierten Kriminalität.

Milliarden für den Hochwasserschutz zerstören wertvolle Lebensräume

Die Bundesländer haben Milliarden von Euro für den Hochwasserschutz in ihre Haushalte eingestellt. Sie wollen damit verhindern, dass kommende Hochwasser an Elbe und Oder so große Schäden wie 1997 und 2002 anrichten. Man bedient sich dabei häufig der Geldern aus den EU-Strukturfonds. In Sachsen wird vorrangig

Bestandsaufnahme

in den technischen Hochwasserschutz investiert. An den Ursachen der Hochwasser, der Begradigung und Verbauung der Flusseinzugsgebiete wird zu wenig getan. Die geplante Rückverlegung weniger Deiche und die Ausweitung von Poldern im Raum Torgau und Eilenburg zieht sich nur schwerfällig hin. Häufig kommt es bei Umsetzung der technischen Hochwasserschutzmaßnahmen zu Konflikten mit den Umweltverbänden. Diese protestieren, dass wertvolle Lebensräume und auch über 100 Jahre alte Bäume bei der so-

genannten Ertüchtigung der Deiche beseitigt werden. Ein Ausgleich oder Ersatz der Eingriffe erfolgt selten. Auch in Brandenburg dominieren die technischen Hochwasserschutzmaßnahmen. Nur selten wird den Flüssen ihr notwendiger Raum zurückgegeben. Für starken Unmut sorgt ein Deicherlass aus dem Jahre 2005. Er setzt die Baumschutzsatzungen der Kommunen und Kreise außer Kraft. Baumfällungen und die Beseitigung gesetzlich geschützter Biotope ohne Verfahren und ohne angemessene Kompensation sind somit politisch legitimiert und Gang und Gebe.

mel. In Sachsen wurden mit der Verwaltungs- und Funktionalreform im August 2008 in einigen Landesdirektionen die Naturschutzbeiräte und damit Einflussmöglichkeiten abgeschafft. Besonders hart traf es die Umweltverbände in Sachsen bei der Naturschutzförderung. Die Förderung über die Richtlinie Natürliches Erbe wurde in die Zuständigkeit der ehemaligen Ämter für Landwirtschaft abgegeben. Naturschützer werden jetzt förderrechtlich wie Landwirte eingestuft und mit einem unsäglichen Netz an Bürokratie über-

Naturschutzhelfer durch die unteren Naturschutzbehörden zu einer Kannbestimmung degradiert worden.

Klimakiller Braunkohle frisst tausendjährige Kulturlandschaften unwiederbringbar auf

Sowohl die sächsische als auch die brandenburgische Landesregierung halten weiterhin am umstrittenen Braunkohleabbau zur Braunkohleverstromung fest. Die Förderung der Braunkohle stellt einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar.

Die historisch gewachsene Heimat der Menschen, wird unwiederbringbar zerstört. Dörfer werden einfach weggebaggert – historisch gewachsene Kulturlandschaften beseitigt. Das darf nicht hingenommen werden! Das wichtigste Argument des Braunkohleabbaus sind die Arbeitsplätze. Die Zukunftsfähigkeit dieser wie auch die Anzahl der Arbeitsplätze muss man aber hinterfragen. Die brandenburgische Landesregierung gibt heute die Zahl der Beschäftigten in der Braunkohle mit 7.430 an, gegenüber 60.000 Menschen zu DDR-Zeiten. Eine Hoffnung hingegen bietet der Sektor der erneuerbaren Energien, der circa 5.000 Menschen eine Arbeit gibt. Effektiv ist eine Braunkohleverstromung nicht. Derzeit wird nur ein Wirkungsgrad von 34 bis 40 Prozent erreicht. Und bei der Verbrennung entsteht der Klimakiller

Kohlenstoffdioxid 43 Prozent der brandenburgischen Kohlenstoffdioxid-Emissionen entstammen somit der Braunkohleverstromung.

Die Verantwortung der Landespolitiker muss eingefordert werden

Die in dem Artikel beschriebenen Umweltbelastungen stellen lösbare Probleme dar. Jedoch müssen sie mit ganzer Kraft angegangen werden. Die Ansatzpunkte für eine Bewältigung liegen in jedem einzelnen Bundesland selbst. Die kritische Hinterfragung und Beeinflussung der Landespolitik ist wichtig zur Bewältigung der neuen Umweltprobleme. An dieser Stelle muss in den nächsten Jahren viel häufiger angesetzt werden, die Landespolitiker müssen durch die Umweltverbände in die Verantwortung genommen werden.

//Tomas Brückmann, Fotos: Marc Wiemers



Weitere Infos:
a) zu den Sächsischen Umweltproblemen: www.johanneslichdi.de/natur_umwelt.html oder unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/umwelt-natur/biologische-vielfalt.html
b) zu den Brandenburger Umweltproblemen: NABU, BUND, GRÜNE LIGA (2009): Schwarzbuch Umweltpolitik in Brandenburg, oekom Verlag

Der ehrenamtliche Naturschutz ist eine wichtige Grundlage für einen effektiven und funktionierenden Naturschutz. Doch wie Brandenburg und Sachsen mit ihren ehrenamtlichen Naturschützern umgehen, das schreit gen Him-

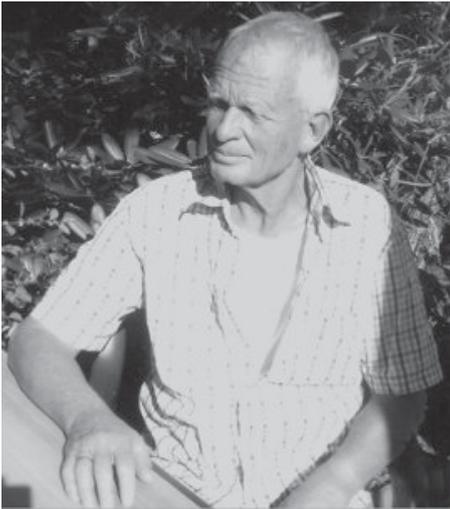
Ehrenamtlicher Naturschutz wird abgebaut und gemaßregelt

zogen. Selbst für die einmalige Mahd einer kleinen Orchideenwiese muss ein Berg von Papier bewältigt werden. Das Vorhandensein eines Computers und die Kenntnis von geografischen Informationssystemen werden dabei vorausgesetzt. Einige ältere Naturschutzaktivisten haben vor dieser neuen Bürokratie bereits kapituliert. Auch im Brandenburg geht man stiefmütterlich mit dem ehrenamtlichen Naturschutz um. Zwar betonen verschiedene Seiten der Landesregierung immer wieder die Bedeutung des Ehrenamtes im Naturschutz. Die Praxis aber sieht anders aus. Mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes von 2004 schwächten die Landespolitiker die Rechte des Naturschutzes erheblich. Das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wurde abgeschafft, die Naturschutzstationen und die Landeslehrstätte für Naturschutz aus dem Gesetz gestrichen. Ebenso ist die Berufung der ehrenamtlichen

Interview mit Klaus Schlüter

Im großen Räderwerk ist jeder wichtig

Basisorientiert und vielfältig tätig sein



Klaus Schlüter ist von Anfang an dabei. Sogar schon länger: 1939 im Kreis Bad Doberan geboren, machte er in Schwerin sein Abitur und lernte Vermessungsfacharbeiter. Im Alter von 21 Jahren wurde er wegen „aktiver Beteiligung an einer aufrührerischen Zusammenrottung“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und danach „in die Produktion versetzt“. Im Anschluß studierte er an der TU Dresden Geodäsie und arbeitete 20 Jahre in der EDV-Projektierung und Programmierung. Er gründete die Fachgruppe „Stadtökologie

Schwerin“ und ist Mitbegründer der GRÜNEN LIGA. Für diese nahm er 1989 am Zentralen Runden Tisch teil. Und wurde 1990 in der Regierung Modrow zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt. Von 1991 bis 1994 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Umwelt beim Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Bei aller Leidenschaft für die Umweltbewegung ist Klaus Schlüter stets bescheiden geblieben: Selbstinszenierung war nie sein Ding. Am wohlsten fühlt sich der Ehemann und Vater von drei erwachsenen Kindern, wenn er sich der Konsumwelt entziehen und sich in der freien Natur aufhalten kann.

Klaus Schlüter ist seit 1990 Vorstandsvorsitzender der GRÜNEN LIGA.

Alligator: Die GRÜNE LIGA wird 20 Jahre alt. Du bist seit dem ersten Tag dabei. Was hat Dich damals zu diesem Engagement motiviert?

Klaus: Die Notwendigkeit, dass die Lebensbedingungen für Mensch und Natur besser gestaltet werden müssen. Ich komme von der Ornithologie und dem Naturschutz. Aber in der DDR wurden auch die Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden immer gravierender. Darauf machten wir aufmerksam und in der Wende ergab sich die Chance, in einem Netzwerk der ökologischen Bewegungen basisorientiert und vielfältig tätig zu werden.

Alligator: Was hält Dich heute noch mit dabei?

Klaus: Das Netzwerk GRÜNE LIGA ist nicht der ganz große Umweltverband geworden. Aber mit Gleichgesinnten gemeinsam an der Verbesserung der Lebensbedingungen für Mensch und Natur tätig zu sein ist nicht immer erfolgreich, aber notwendig. Speziell im Naturschutz gibt es jedoch auch immer wieder Erlebnisse, die viel Freude bereiten. Allerdings sind heute mehr als früher die Aufgaben von Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt (besser wohl das Stoppen des Arten-

schwundes) nur noch global zu lösen.

Alligator: Sind alle Erwartungen von 1989 heute nach 20 Jahren eingetreten?

Klaus: Nein, natürlich nicht! Schwefeldioxid aus der Braunkohle ist abgelöst von den Klimaproblemen, die mit dem Kohlendioxidausstoß verbunden sind. Der Güterverkehr findet fast nur noch auf der Straße statt. Die Zerschneidung der Landschaft schreitet in einem Maße voran, die viele Tiere und Pflanzen bedroht. Mit der neuen Landwirtschaft sind Kulturlflächen zu Produktionsflächen geworden.

Alligator: Was war aus Deiner Sicht der schönste LIGA-Erfolg? An welches Projekt denkst Du besonders gern zurück?

Klaus: Mit vielen Gleichgesinnten ist es gelungen, das Bombodrom, den Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide zu stoppen. Der Erfolg bei der Verhinderung des Transrapid von Hamburg nach Berlin ist wohl auch auf das finanzielle Risiko zurückzuführen. Aber ansonsten wäre ein Gebiet betroffen gewesen, in dem ich über viele Jahre die Brutvogelerfassung, verbunden mit sehr interessanten Beobachtungen in der Natur meiner nä-

heren Heimat, durchführte.

Alligator: Welches war die furchtbarste Niederlage?

Klaus: Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der GRÜNEN LIGA musste vor Jahren Insolvenz anmelden. Diese war durch Immobiliengeschäfte der Region Rostock verursacht worden. Aber das Gute eines Netzwerkes ist es, dass trotzdem vor Ort weiter im Natur- und Umweltschutz gearbeitet werden kann.

Alligator: Wie hat sich Natur- und Umweltarbeit verändert – vor der Wende und in den letzten 20 Jahren?

Klaus: Missstände und Fehler mussten früher umschrieben werden, heute können sie beim Namen genannt werden. Aber es hören kaum welche hin, und es lassen sich heute weit weniger Menschen motivieren, für Veränderungen zu kämpfen. Selbst eindeutige Rechtsverstöße sind bei dem umfangreichen Rechtsrahmen oft nur durch gerichtliche Urteile mit enormen Kosten zu belegen. Das schmerzt sehr!

Alligator: Wofür stand die GRÜNE LIGA 1989 – wofür steht sie heute? Geht sie noch mit der Zeit und erreicht sie die jungen Menschen? In

Interview

welche Richtung sollte sich die GRÜNE LIGA entwickeln?

Klaus: Sie war offen für alle engagierten und an Umweltproblemen interessierten Bürger: aus der Gesellschaft für Natur und Umwelt, aus den kirchli-



chen Gruppen und den Naturschutzinitiativen. Aber als Konkurrenz kamen die im Westen etablierten Verbände NABU und BUND. Sie sind Mitgliedsverbände, wir mehr Aktive der Basisgruppen eines Netzwerkes. Diese Organisationsform hat immer noch Zukunft. Aber Jugendliche zu erreichen wird für alle immer schwieriger. Es gibt weniger Jugendliche, vielfältige Angebote und globale Aufgaben zu lösen. Da ist ein örtlicher Umweltskandal oder ein verlorener Lebensraum für einzelne Tier- und Pflanzenarten nicht so attraktiv oder wichtig. Die GRÜNE LIGA sollte das Netzwerk bleiben, weil sie damit effektiv ist, auch wenn es schwer fällt, alles mit den knappen Kassen zu organisieren.

Alligator: Woher hat die GRÜNE LIGA ihren Namen und ihr Logo?

Klaus: Der Name GRÜN steht für Natur, die LIGA für die unterschiedlichen Gruppen, die in ihr organisiert sind. Die anfänglichen Diskussionen um Name und Logo haben sich schnell gelegt. Es gab für beides viele Vorschläge. Wichtiger aber ist die Arbeit, die darunter stattfindet.

Alligator: Die GRÜNE LIGA bezeichnet sich als Netzwerk Ökologischer Bewegungen, dessen Ziel es ursprünglich war, ostdeutsche Umweltgruppen zu vernetzen. Die GRÜNE LIGA arbeitet heute zwar auch in den alten Bundesländern, hat dort aber fast ausnahmslos „nur“ Einzelmitglieder. Warum hat sie es

nicht geschafft, eigene Regional-/Landesverbände in den alten Bundesländern zu gründen, so wie zum Beispiel der NABU und der BUND im Osten?

Klaus: Das Potential an Mitgliedern und Geldern war im Westen ungemein größer. Aber es fehlte auch an Erfahrungen. Das gilt für alle aus dem Osten, die den Anschluss an den Westen erfahren haben. Gerade in dieser kurzen Zeit gab es für jeden Ostbürger existentielle Probleme, die vieles in den Hintergrund abdrängten. Außerdem gibt es in den westlichen Bundesländern mit dem Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz eine ähnliche Struktur.

Alligator: Ist die GRÜNE LIGA gegenüber den anderen Umweltverbänden wie BUND, Greenpeace, WWF, Robin Wood oder NABU ein ostdeutsches Stiefkind?

Klaus: Ob wir ein Stiefkind sind, sollen andere entscheiden. Ja, die Eltern sind andere, nämlich mit DDR-Erfahrung groß geworden. Aber nicht immer sind Stiefkinder so schlecht dran, wenn auch ärmer (Aschenputtel!).

Alligator: Wie kann ein Umweltverband grundlegenden gesellschaftskritischen Protest aufrecht erhalten, der einen Großteil seiner Stellen aus Staatsgeldern finanziert? Wenn sie unseren Wohlstand und die damit verbundene kapitalistische Lebensform kritisieren: Sind hier die Umweltverbände nicht unglaublich mit ihrer Politik? (Anmerkung: „ökologischer Protest“ gehört zum System!)

Klaus: Staatsgelder sind Steuergelder, die von allen Bürgern aufgebracht werden. Außerdem wird bei uns enorm viel und effektiv damit gearbeitet. Es sollte dafür mal eine Prämie vom Bundesrechnungshof fällig sein! Mit den wenigen Mitteln wird fachlich und öffentlichkeitswirksam viel geschaffen. Und den Protest lassen wir uns damit nicht verbieten. In unseren Grundsätzen steht, dass wir subversiv tätig sein wollen und es auch vielfältig sind.

Alligator: In unserer Konsum- und Marktwirtschaft leben wir auf Kosten anderer. Es gibt kaum ein Produkt, das wir nutzen können, ohne damit andersorts Schaden anzurichten. Was können die Menschen Deiner Meinung nach tun, um mit diesem Widerspruch konstruktiv umzugehen und ihn politisch aufzulösen? Wo sollten die Schwerpunkte liegen?

Klaus: Dieses ist ein Problem, dass mich täglich traurig macht. Es gibt wenig Möglichkeiten auszubrechen aus einem System, in das wir mit der Einheit Deutschlands noch mehr hineingekommen sind. Auch im Bioladen, dem Eine-Welt-Shop oder über die einschlägigen Kataloge einzukaufen mindert nur wenig diese Schuld, an der Armut in vielen Teilen der Welt beteiligt zu sein. Da muss jeder seine Stimme bei den Wahlen, aber noch mehr im Alltag gegen die Ungerechtigkeit auf dieser Welt, auch durch die Bundesrepublik Deutschland mit verursacht, erheben. Nur die Hälfte der vereinbarten Entwicklungshilfe wird geleistet, und leider oft in schlechter Qualität. Beim Rüstungsexport stehen wir mit ganz oben durch Waffenlieferungen „Made in Germany“. Aber um die Ungerechtigkeiten zu mildern gibt es auch eine Vielzahl von Organisationen die neben ihrem großen eigenen Engagement von der GRÜNEN LIGA unterstützt werden. Ein Thema für ganze Seiten, nicht nur im „Alligator“.

Alligator: Heute ist der Klimawandel in aller Munde. Macht die steigende Akzeptanz in der Bevölkerung die Arbeit der GRÜNEN LIGA leichter?

Klaus: Es ist gut, dass Kopenhagen in aller Munde ist, aber wie lange hält das an? Und es betrifft ja die gesamte Menschheit! Doch auch Pflanzen und Tiere, sprich: Die Artenvielfalt ist zu erhalten! Das sind die beiden wichtigen globalen ökologischen Aufgaben unserer Zeit. Mit vielen Gleich-



gesinnten hoffe ich, dass damit auch die Arbeit der GRÜNEN LIGA etwas leichter wird, notwendig ist es allemal!

Alligator: Den ökologischen Problemen steht die Wachstumsgesellschaft im Wege. Ist die Umweltbewegung mit der Quantität und Komplexität ökologischer Katastrophen überfordert? Welche Lösungswege gibt es? Welche Rolle könnte die GRÜNE LIGA spielen?

Klaus: Wenn schon die Regierungen dieser Welt überfordert sind (vielfach auch uneinsichtig), da ist es die GRÜNE LIGA alleine auch. Aber im großen Räderwerk ist jeder wichtig. Wir müssen unsere Arbeit vor Ort, die uns

kaum jemand abnimmt, weiter ausgestalten und gleichzeitig versuchen, unsere Stimme gegen den Unsinn einer Wachstumsgesellschaft, die immer noch die Augen vor den Folgen ihres Handelns verschließt, zu erheben.

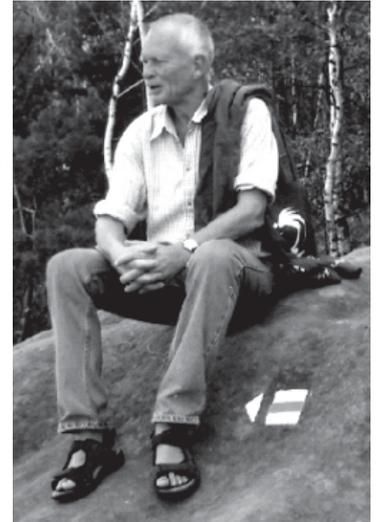
Alligator: Wo siehst Du die GRÜNE LIGA in 20 Jahren?

Klaus: Gute Frage, das ist 2030. Für mich etwas weit gegriffen. Aber die Kinder oder Enkel leben dann in dieser Welt. Ich denke ein Netzwerk dieser Art wird es sicher geben. Ökologische Bewegungen werden mit entscheidend dafür sein, wie unsere Welt in 20 Jahren aussieht. Die GRÜNE LIGA hat fast alle Neugründungen der Wendezeit überlebt. Ich wünsche ihr, dass sie es

auch weiterhin schafft. Schaden tut das sicher niemanden, aber vielen Menschen weiterhelfen, die mitwirken wollen, wenn es darum geht, unsere Welt für Menschen, Tiere und Pflanzen lebenswerter zu gestalten.

//Das Interview führten Anke Siegert, Oliver C. Pfannenstiel und Katrin Kusche

//Fotos: Privatarchiv



Roland Quester

Von der Zensur zur Nichtwahrnehmung?

Umweltinformationen und Umweltbibliotheken in Deutschland



Der Anfang

1982 verfügt der Ministerrat der DDR, bezeichnenderweise in einer vertraulichen Verschlussache, Informationen „über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR“ als Staats- oder Dienstgeheimnis zu behandeln, was er 1984 durch eine härtere Definition noch einmal verschärfte. In der Bundesrepublik dieser Zeit mangelte es

nicht an Umweltinformationen, nur glaubten viele kritische Bürger nicht, dass es die wichtigen und immer korrekten Daten und Informationen waren, die da zugänglich gemacht wurden. So wird 1977 im Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung das Öko-Institut in Freiburg mit dem Ziel gegründet, eine von Regierung und Industrie unabhängige Umweltforschung zu betreiben, 1980 entsteht Greenpeace und 1986, als Konsequenz aus dem Unfall in Tschernobyl, das Bundesumweltministerium. In West- (ab Mitte der 1970er) wie Ostdeutschland (ab Mitte der 1980er) entstehen aus der Unzufriedenheit mit den (Informations-) Verhältnissen auch Umweltbibliotheken bei Bürgerinitiativen, Umweltvereinen und der kirchlichen Umweltbewegung, um einen Fundus kritischer Informationen und Sichtweisen für die eigene Arbeit parat zu haben und diese auch der interessierten Öffentlichkeit aktiv anzubieten. Die Sprengkraft oppositioneller Informationsarbeit auf verkrustete und diktatorische Verhältnisse wird exemplarisch an der Berliner Umweltbibliothek deutlich, die im November 1987 von der Staatssicherheit der DDR in dem Glauben überfallen wird,

dort den Druck ungenehmigter Zeitschriften festhalten zu können. Die Stasi scheiterte und die oppositionelle Informationsarbeit zog daraus weitere Kraft. Eine der wichtigsten Forderungen der DDR-Opposition im Herbst 1989 war dann mit den Rufen nach Meinungs- und Pressefreiheit auch der freie Zugang zu Umweltinformationen; eine schonungslose Bestandsaufnahme der verheerenden Umweltsituation in der DDR als Voraussetzung für das nötige Umsteuern in der Wirtschaftspolitik.

Fortsetzung Seite 14

Roland Quester ist Leiter der Umweltbibliothek Leipzig beim Ökolöwen – Umweltbund Leipzig e.V., einem Mitgliedsverein der GRÜNEN LIGA Sachsen e.V. Er ist außerdem seit fünfzehn Jahren ehrenamtlich als Stadtrat in Leipzig tätig.



GRÜNE LIGA - 20 Erfolge aus 20 Jahren

EINE DER ÄLTESTEN UND SCHÖNSTEN ALLEEN IN
Erbitterter Streit um 700 alte B

Niemand hat die Projekte der GRÜNEN LIGA und ihrer Mitgliedsgruppen je gezählt. Vermutlich sind es weit mehr als Tausend. Auch die Erfolge hat niemand statistisch erfaßt. Zweiflern und Zauderern zum Trotz: Es sind unzählige, und sie sind von unschätzbarem Wert. Die nachfolgende Liste enthält nur einige wenige Schlaglichter der erfolgreichen GRÜNE-LIGA-Arbeit, eine unsystematische Liste, ausgewählt aus der Zusammenarbeit einiger Gruppen, die sich die Zeit nahmen, ihre wichtigsten Erfolge zu benennen. Die weitaus meisten Erfolge bleiben hier ungenannt, weil die Mitstreiterinnen und Mitstreiter angesichts der aktuellen Themen einfach keine Zeit fanden, sich von ihrer Arbeit loszureißen.



1991: Der ADFC und der Ökolöwe bringen den Vorschlag „Tempo 30 für alle Leipziger Wohngebiete“ aufs Papier und in die Diskussion und erarbeiten einen „Rahmenplan für eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik“. Die Vorschläge münden in das städtische Verkehrskonzept und werden seit 1992 schrittweise umgesetzt. Mit Aktionen zur Verkehrsberuhigung und Radwege-Konzepten macht sich der Verein für eine fahrradfreundliche Stadt stark. Er legt Vorschläge, wie z.B. zur Straßenbahnbeschleunigung, vor und erreicht die Schaffung des Fahrgastbeirates der Leipziger Verkehrsbetriebe. Er legt mit einer DBU-geförderten Studie die Grundlagen für die Entwicklung des Car-Sharings in Leipzig - vom Hobby einer Handvoll Enthusiasten mit einem Auto, zum professionellen Angebot mit heute über 40 Stationen.

1993: Der Landesverband GRÜNE LIGA Berlin und der DNR organisieren das Klimaforum '95 begleitend zur 1. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Berlin. Mit über 200 Veranstaltungen, darunter auch das erste Umweltfestival und die weltgrößte Fahrradsternfahrt, erzielte die Veranstaltung nationale und internationale Anerkennung. Die Fotos mit 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gingen um die Welt und wurden bis nach Japan, die USA und Kanada ausgestrahlt.

1993 wird auf Initiative des Ökolöwen das städtische Förderprogramm „Grün macht Schule“ angeschoben. In den Folgejahren werden in Leipzig zahlreiche Schulhöfe gestaltet und vor allem begrünt. Die Schulen planen Biotope, grüne Fassaden und Pergolen, legen Zeichnungen und Pläne an und bewerben sich um finanzielle Förderung. Auch heute noch stellt das Schulverwaltungsamt jährlich Geld dafür bereit.

1999: Nach mehrjähriger Vorarbeit und Auseinandersetzung mit dem Thema beschließen die Mitglieder im März das Positionspapier der GRÜNEN LIGA zur Gentechnik, das fachlich richtungsweisend ist.

2001: Die Aktivisten der GRÜNEN LIGA Schwerin beteiligten sich an der Gründung eines Trägervereins für die Naturschutzstation Zippendorf in Schwerin, der im Jahr 2002 von der Stadt Schwerin den Zuschlag für die Übernahme der Trägerschaft bekam und damit die Schließung der Naturschutzstation verhindern half.

2002: Nach den Hochwassern entscheidet die Talsperrenmeisterei zukünftigen Hochwassern zu trotzen, indem sie in und um Leipzig Deiche baut und ertüchtigt, anstatt auch die natürlichen Flutungsflächen der Leipziger Auen zu nutzen. Dafür sollen im Stadtgebiet alle auf und an den Deichen stehenden Bäume gefällt werden. Mit gerichtlichem Einspruch und der Unterstützung vieler Bürger geht der Ökolöwe gegen die behördlichen „Eine-Standard-Lösung-für-alles-Anwendungsfälle“-Planungen vor, erreicht mit einem engagierten Anwalt die Rettung Hunderter Bäume und wendet umfangreiche Schäden an der Aue ab.

1995: Der Landesverband GRÜNE LIGA Berlin und der DNR organisieren das Klimaforum '95 begleitend zur 1. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Berlin. Mit über 200 Veranstaltungen, darunter auch das erste Umweltfestival und die weltgrößte Fahrradsternfahrt, erzielte die Veranstaltung nationale und internationale Anerkennung. Die Fotos mit 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gingen um die Welt und wurden bis nach Japan, die USA und Kanada ausgestrahlt.

1993 wird auf Initiative des Ökolöwen das städtische Förderprogramm „Grün macht Schule“ angeschoben. In den Folgejahren werden in Leipzig zahlreiche Schulhöfe gestaltet und vor allem begrünt. Die Schulen planen Biotope, grüne Fassaden und Pergolen, legen Zeichnungen und Pläne an und bewerben sich um finanzielle Förderung. Auch heute noch stellt das Schulverwaltungsamt jährlich Geld dafür bereit.

1999: Nach mehrjähriger Vorarbeit und Auseinandersetzung mit dem Thema beschließen die Mitglieder im März das Positionspapier der GRÜNEN LIGA zur Gentechnik, das fachlich richtungsweisend ist.

2001: Die Aktivisten der GRÜNEN LIGA Schwerin beteiligten sich an der Gründung eines Trägervereins für die Naturschutzstation Zippendorf in Schwerin, der im Jahr 2002 von der Stadt Schwerin den Zuschlag für die Übernahme der Trägerschaft bekam und damit die Schließung der Naturschutzstation verhindern half.

2002: Nach den Hochwassern entscheidet die Talsperrenmeisterei zukünftigen Hochwassern zu trotzen, indem sie in und um Leipzig Deiche baut und ertüchtigt, anstatt auch die natürlichen Flutungsflächen der Leipziger Auen zu nutzen. Dafür sollen im Stadtgebiet alle auf und an den Deichen stehenden Bäume gefällt werden. Mit gerichtlichem Einspruch und der Unterstützung vieler Bürger geht der Ökolöwe gegen die behördlichen „Eine-Standard-Lösung-für-alles-Anwendungsfälle“-Planungen vor, erreicht mit einem engagierten Anwalt die Rettung Hunderter Bäume und wendet umfangreiche Schäden an der Aue ab.

2005: Die IG Stadtökologie beginnt gemeinsam mit vielen Partnern das Projekt „Generationen übergreifendes Wohnprojekt im Rahmen des Stadtumbaus „Gemeinsam statt einsam“ im Stadtteil Arnstadt-Ost. Bedeutender Erfolg: Die hier bewußt zusammenlebenden Mieter arbeiten über Projektwerkstätten bei der Realisierung über Jahre zusammen. Ende 2009 wurden rund 50 Wohnungen bezogen. Das Vorhaben wurde 2009 im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet.

2007: Der Bundesverband GRÜNE LIGA macht Lärminderung zu einem bundesweiten Arbeitsschwerpunkt und kann damit neue thematische Akzente setzen, um die Vorgaben der Umgebungslärmrichtlinie mit mehr Leben zu erfüllen. Die Bundesgeschäftsstelle führt die Arbeit kontinuierlich bis heute fort. 2010 führt sie unter anderem einen Fotowettbewerb durch.

Umweltvereine sammeln Unterschriften für den Erhalt der Alleen, doch das Land hat kein Geld

2002: Nach den Hochwassern entscheidet die Talsperrenmeisterei zukünftigen Hochwassern zu trotzen, indem sie in und um Leipzig Deiche baut und ertüchtigt, anstatt auch die natürlichen Flutungsflächen der Leipziger Auen zu nutzen. Dafür sollen im Stadtgebiet alle auf und an den Deichen stehenden Bäume gefällt werden. Mit gerichtlichem Einspruch und der Unterstützung vieler Bürger geht der Ökolöwe gegen die behördlichen „Eine-Standard-Lösung-für-alles-Anwendungsfälle“-Planungen vor, erreicht mit einem engagierten Anwalt die Rettung Hunderter Bäume und wendet umfangreiche Schäden an der Aue ab.

2001: Die Aktivisten der GRÜNEN LIGA Schwerin beteiligten sich an der Gründung eines Trägervereins für die Naturschutzstation Zippendorf in Schwerin, der im Jahr 2002 von der Stadt Schwerin den Zuschlag für die Übernahme der Trägerschaft bekam und damit die Schließung der Naturschutzstation verhindern half.

2002: Nach den Hochwassern entscheidet die Talsperrenmeisterei zukünftigen Hochwassern zu trotzen, indem sie in und um Leipzig Deiche baut und ertüchtigt, anstatt auch die natürlichen Flutungsflächen der Leipziger Auen zu nutzen. Dafür sollen im Stadtgebiet alle auf und an den Deichen stehenden Bäume gefällt werden. Mit gerichtlichem Einspruch und der Unterstützung vieler Bürger geht der Ökolöwe gegen die behördlichen „Eine-Standard-Lösung-für-alles-Anwendungsfälle“-Planungen vor, erreicht mit einem engagierten Anwalt die Rettung Hunderter Bäume und wendet umfangreiche Schäden an der Aue ab.

2005: Die IG Stadtökologie beginnt gemeinsam mit vielen Partnern das Projekt „Generationen übergreifendes Wohnprojekt im Rahmen des Stadtumbaus „Gemeinsam statt einsam“ im Stadtteil Arnstadt-Ost. Bedeutender Erfolg: Die hier bewußt zusammenlebenden Mieter arbeiten über Projektwerkstätten bei der Realisierung über Jahre zusammen. Ende 2009 wurden rund 50 Wohnungen bezogen. Das Vorhaben wurde 2009 im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet.

2007: Der Bundesverband GRÜNE LIGA macht Lärminderung zu einem bundesweiten Arbeitsschwerpunkt und kann damit neue thematische Akzente setzen, um die Vorgaben der Umgebungslärmrichtlinie mit mehr Leben zu erfüllen. Die Bundesgeschäftsstelle führt die Arbeit kontinuierlich bis heute fort. 2010 führt sie unter anderem einen Fotowettbewerb durch.

Umweltvereine sammeln Unterschriften für den Erhalt der Alleen, doch das Land hat kein Geld

2002: Nach den Hochwassern entscheidet die Talsperrenmeisterei zukünftigen Hochwassern zu trotzen, indem sie in und um Leipzig Deiche baut und ertüchtigt, anstatt auch die natürlichen Flutungsflächen der Leipziger Auen zu nutzen. Dafür sollen im Stadtgebiet alle auf und an den Deichen stehenden Bäume gefällt werden. Mit gerichtlichem Einspruch und der Unterstützung vieler Bürger geht der Ökolöwe gegen die behördlichen „Eine-Standard-Lösung-für-alles-Anwendungsfälle“-Planungen vor, erreicht mit einem engagierten Anwalt die Rettung Hunderter Bäume und wendet umfangreiche Schäden an der Aue ab.

2001: Die Aktivisten der GRÜNEN LIGA Schwerin beteiligten sich an der Gründung eines Trägervereins für die Naturschutzstation Zippendorf in Schwerin, der im Jahr 2002 von der Stadt Schwerin den Zuschlag für die Übernahme der Trägerschaft bekam und damit die Schließung der Naturschutzstation verhindern half.

2002: Nach den Hochwassern entscheidet die Talsperrenmeisterei zukünftigen Hochwassern zu trotzen, indem sie in und um Leipzig Deiche baut und ertüchtigt, anstatt auch die natürlichen Flutungsflächen der Leipziger Auen zu nutzen. Dafür sollen im Stadtgebiet alle auf und an den Deichen stehenden Bäume gefällt werden. Mit gerichtlichem Einspruch und der Unterstützung vieler Bürger geht der Ökolöwe gegen die behördlichen „Eine-Standard-Lösung-für-alles-Anwendungsfälle“-Planungen vor, erreicht mit einem engagierten Anwalt die Rettung Hunderter Bäume und wendet umfangreiche Schäden an der Aue ab.

2005: Die IG Stadtökologie beginnt gemeinsam mit vielen Partnern das Projekt „Generationen übergreifendes Wohnprojekt im Rahmen des Stadtumbaus „Gemeinsam statt einsam“ im Stadtteil Arnstadt-Ost. Bedeutender Erfolg: Die hier bewußt zusammenlebenden Mieter arbeiten über Projektwerkstätten bei der Realisierung über Jahre zusammen. Ende 2009 wurden rund 50 Wohnungen bezogen. Das Vorhaben wurde 2009 im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet.

2007: Der Bundesverband GRÜNE LIGA macht Lärminderung zu einem bundesweiten Arbeitsschwerpunkt und kann damit neue thematische Akzente setzen, um die Vorgaben der Umgebungslärmrichtlinie mit mehr Leben zu erfüllen. Die Bundesgeschäftsstelle führt die Arbeit kontinuierlich bis heute fort. 2010 führt sie unter anderem einen Fotowettbewerb durch.

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

1993/94: Bildung des Umwelt-Medien-Zentrum Arnstadt/Ilmenaue (UMZ) auf Initiative der IG Stadtökologie Arnstadt. Es entsteht eine zentrale Anlaufstelle für an der breiten Themenvielfalt der Nachhaltigkeit Interessierte, von der bis heute vielen Impulse ausgehen, u. a. für den Agenda-21-Prozeß und die Woche der erneuerbaren Energien im Ilm-Kreis.

1990: Die Bagger des Tagebaus Cospuden drohen Schneisen durch den südlichen Leipziger Auwald zu schlagen. Ein unersetzlicher Artenreichtum ist bedroht. Der Ökolöwe und die Bürgerinitiative „Stopp Cospuden '90!“ beginnen am 11. Januar eine beispiellose Kampagne zur Rettung des Ökosystems. Sie mobilisieren 10.000 Menschen, die auf einem Sternmarsch erfolgreich für die Stilllegung des Tagebaus demonstrieren. Im Jahr 2000 ist Cospuden Expo-Projekt zur Revitalisierung von Tagebauflächen und mittlerweile Leipzigs beliebtestes Naherholungsgebiet und Badegewässer.

1995: Erster Arnstädter Umwelt- und Erlebnismarkt von der IG Stadtökologie gemeinsam mit vielen Partnern organisiert. Am 5. Juni 2010 findet der 14. Arnstädter Umwelt- und Erlebnismarkt statt, auf dem sich etwa 100 Vereine, Initiativen und Unternehmen etc. vorstellen werden. Eine Veranstaltung, die über die Region hinausstrahlt.

1995/97: Die GRÜNE LIGA Oberlausitz erzielt mit einem Projekt zum Schutz der Großen Rohrdommel bereits nach dem ersten Projektjahr deutliche Verbesserungen des Lebensraumes der Großen Rohrdommel. Das Projektgebiet erstreckt sich über 24 Quadratkilometer. Die Projektkosten eines der wohl größten Projekte einer GRÜNEN-LIGA-Gruppe belaufen sich auf 2,4 Millionen Mark. Bis heute wird das Projektgebiet ehrenamtlich gepflegt, um den Erfolg der Renaturierungsmaßnahmen zu sichern.

1999: Im Sommer 1999 gelingt es ostdeutschen Bürgerrechtlern und den Gremien des Hauses der Demokratie Berlin, endlich den Bestand des Hauses zu sichern. Der Erhalt der Institution ist zwar mit dem Umzug in die Greifswalder Straße verbunden, dennoch: eine erfolgreiche Eroberung. Die GRÜNE LIGA hat nicht nur ihren Stammsitz im Haus, sondern gehört zu den Gründern des Hauses und ist in allen Gremien aktiv.

2001: Der Ökomarkt am Kollwitzplatz feiert seinen fünften Geburtstag. Der Erfolg des Landesverbandes GRÜNE LIGA Berlin mit seinem Markt dauert an. Der aktuelle Stand 2010: Jeden Donnerstag bieten knapp 40 Händler aus Berlin und Brandenburg frische Lebensmittel aus biologischem Anbau und artgerechter Tierhaltung und fair gehandeltes Kunsthandwerk.

118.668 BürgerInnen fordern

2005: Die IG Stadtökologie beginnt gemeinsam mit vielen Partnern das Projekt „Generationen übergreifendes Wohnprojekt im Rahmen des Stadtumbaus „Gemeinsam statt einsam“ im Stadtteil Arnstadt-Ost. Bedeutender Erfolg: Die hier bewußt zusammenlebenden Mieter arbeiten über Projektwerkstätten bei der Realisierung über Jahre zusammen. Ende 2009 wurden rund 50 Wohnungen bezogen. Das Vorhaben wurde 2009 im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet.

2006: Nach Jahren mit intensiven Flugblattaktionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Infoständen wird die Planung für die Staatsstraße S46 gestoppt. Die Straße wurde bereits Anfang der 1990er Jahre angekündigt und sollte mitten durch die Weiteichsenke, ein seltenes Biotop, führen. Dank des Ökolöwen und der Bürgerinitiative Markleeberg wird die Weiteichsenke schließlich gerettet.

2009: Die GRÜNE LIGA führt in Radolfzell ihr 30. Seminar zum Themenspektrum der Wasserrahmenrichtlinie durch. Die fachlich anspruchsvollen Seminare stoßen seit 2002 auf große Resonanz.

2007: Der Bundesverband GRÜNE LIGA macht Lärminderung zu einem bundesweiten Arbeitsschwerpunkt und kann damit neue thematische Akzente setzen, um die Vorgaben der Umgebungslärmrichtlinie mit mehr Leben zu erfüllen. Die Bundesgeschäftsstelle führt die Arbeit kontinuierlich bis heute fort. 2010 führt sie unter anderem einen Fotowettbewerb durch.

2006: Nach Jahren mit intensiven Flugblattaktionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Infoständen wird die Planung für die Staatsstraße S46 gestoppt. Die Straße wurde bereits Anfang der 1990er Jahre angekündigt und sollte mitten durch die Weiteichsenke, ein seltenes Biotop, führen. Dank des Ökolöwen und der Bürgerinitiative Markleeberg wird die Weiteichsenke schließlich gerettet.

2009: Die GRÜNE LIGA führt in Radolfzell ihr 30. Seminar zum Themenspektrum der Wasserrahmenrichtlinie durch. Die fachlich anspruchsvollen Seminare stoßen seit 2002 auf große Resonanz.

Bonus: 2010: Die GRÜNE LIGA e.V. – Netzwerk ökologischer Bewegungen – wird am 3. Februar 20 Jahre. Ein Erfolg kontinuierlicher Arbeit. Am 2. Februar wird sich der Bundessprecherrat der Presse stellen. Ordentlich gefeiert wird am 19. März ab 19 Uhr im Berliner Haus der Demokratie und Menschenrechte. Alle Mitglieder und FreundInnen sind eingeladen. Die Fußgänger spielen auf. Und danach: Arbeiten wir weiter für die umfassende Ökologisierung der Gesellschaft gemäß den Grundsätzen der GRÜNEN LIGA e.V.

Die GRÜNE LIGA e.V. betreut seit den 1990er Jahren das Portal www.umweltbibliotheken.de.

Nach der Vereinigung

Im vereinten Deutschland ergreift Anfang der 1990er Jahre der Wissenschaftsladen Bonn (unterstützt vom Umweltbundesamt und der Zentralen Fachbibliothek Umwelt des UBA) die Initiative für ein erstes Treffen und die Koordination der deutschen Umweltbibliotheken, zu denen nach und nach auch institutionelle Einrichtungen

unter www.umweltbibliotheken.de realisiert. Zwischen den Erhebungen des Wila Bonn und der GRÜNEN LIGA lag eine erfreuliche Entwicklung der Umweltbibliotheken. Umfang der Bestände und Zeitschriftenabonnements hatten zugenommen, Internetzugänge auch in die Umweltbibliotheken Einzug gehalten und einige Kataloge waren auch im Internet, verbunden mit Fernleihmöglichkeiten, verfügbar.

lierte Umweltinformationsgesetz garantiert (weitgehende) Zugangsrechte für jedermann zu bei Behörden vorliegenden Daten und Informationen zum Umweltzustand. Das Internet ist für viele zum Leitmedium bei der Informationsrecherche geworden, und auch die bibliotheksspezifische Anwendung elektronischer und internetbasierter Kataloge, Auskunftsmittel, Verbände, interaktiver Medien et cetera hat sich



bei Landesumweltämtern und größeren Forschungseinrichtungen stoßen, die sich der allgemeinen Nutzung öffnen. Im 1994 vom Wila Bonn veröffentlichten ersten Umweltbibliotheken-Wegweiser sind 104 Umweltbibliotheken verzeichnet – von der vereinsgeführten Kleinstbibliothek mit weniger als 500 Medien, bis zur größten Umweltbibliothek Europas, der des UBAs, mit mehreren Hunderttausend Bestandseinheiten. Eine ganze Reihe der vereinsgebundenen Umweltbibliotheken wird von Mitgliedsgruppen der GRÜNEN LIGA geführt, die sich, in der Nachfolge der Bonner, mit ihrer Bundesgeschäftsstelle seit nunmehr zwölf Jahren auch um die Koordination der bundesdeutschen Umweltbibliothekenszene bemüht. Dazu wurden, teilweise mit Förderung und Unterstützung des Umweltbundesamtes, mehrere Workshops für Umweltbibliotheken veranstaltet, ein neuer Umweltbibliotheken-Wegweiser in zwei Auflagen herausgegeben und eine gemeinsame Internetplattform

Grundlegende Probleme der vereinsgeführten Umweltbibliotheken blieben jedoch bestehen: Fast alle arbeiteten mit minimalem bis keinem Budget und meist ehrenamtlichem, wechselndem Laienpersonal. Ohne Erwerbungsbudget blieben auch die Bestände nach wie vor zum Teil zu klein und nicht aktuell genug, und für das Bewerben der Umweltbibliotheken fehlte gleich ganz das Geld.

Heute

Weitere zehn Jahre später wäre nun eine neue Erhebung zum Stand der Umweltbibliotheken, ihren Angeboten und den aktuellen Notwendigkeiten und Chancen der Informationstechnologien notwendig. Umweltinformationen und -bewertungen werden von einer schier unüberschaubaren Fülle von staatlichen und kommunalen Stellen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen, Firmen, Verlagen und vielen anderen erstellt und verbreitet. Das zuletzt 2004 novel-

enorm beschleunigt und weiterentwickelt. Was sollen, was können Umweltbibliotheken bei lokalen Umweltvereinen in diesem veränderten Kontext noch leisten?

Wo ist die Zukunft?

Einen ersten Ansatz könnte die Betrachtung einiger ostdeutscher Umweltbibliotheken bieten, die im Gesamtkonzept ihres Vereins eine zentrale Rolle spielen. Ob in Großhennersdorf, wo sich die Umweltbibliothek mit der historischen Aufarbeitung von Umweltsituation und Umweltbewegung profiliert, in Stralsund, wo die Umweltbibliothek wichtiger Teil der Umweltbildungskonzeption des Trägervereins ist oder in Leipzig, wo sich die Umweltbibliothek als qualifizierte Ergänzung zu Hochschul- und Stadtbibliotheken und umweltschutzbezogene Informationsplattform der Region positioniert, es gibt Chancen und Notwendigkeiten für lokale Umweltbibliotheken. Es kann hier ein ähnliches Phänomen wie bei anderen Bibliotheken festgestellt werden – obwohl seit einigen Jahren die Bildungsqualität in der öffentlichen Kritik steht, kommen Bibliotheken in den Antworten darauf kaum vor. Und obwohl wir uns mitten in der UNO-Dekade *Bildung für eine nachhaltige Entwicklung* befinden, spricht fast niemand von den Umweltbibliotheken, geschweige denn, dass diese erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung erhielten. Dabei sind qualifizierte umweltbezogene Medien in den öffentlichen Bibliotheken insbesondere von Kleinstädten und ländlichem Raum nach wie vor Mangelware, die Vielfalt

Der freie Zugang zu Umweltinformationen ist eine zentrale Förderung der GRÜNEN LIGA e.V. seit ihrer Gründung.

Umweltbibliotheken stellen durch ihre Spezialisierung eine sehr gute Ergänzung der Bestände in klassische Öffentlichen Bibliotheken dar und ermöglichen dadurch eine tiefergehende, umfassendere und vor allem für Bürger verständliche Information über das Thema Umwelt ... Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion um das Thema Umwelt und Umweltschutz kommt die Frage auf, ob nicht durch staatliche Förderung und Finanzierung der überwiegend in privater Trägerschaft befindlichen Umweltbibliotheken wichtige Schritte im Umweltschutz gegangen werden können ...

Abschließend kann festgestellt werden, dass alle Aktivitäten von Umweltbibliotheken immer wieder auf den einen großen Nutzen hinauslaufen: mehr – vor allem verständliche – Information führt ganz im Sinne des Umweltinformationsgesetzes zu mehr Umweltschutz, der durch mehr Mittel in noch verstärkterem Maße möglich wäre.“ *Umweltinformation in Deutschland und auf europäischer Ebene : Mögliche Bezugsquellen, Angebote und Dienstleistungen / Mara Christiane Knopp. – Bachelorarbeit, Hochschule der Medien, Stuttgart, 2007 (S.82/83)*

an Zuständigkeiten und Quellen erfordert mehr denn je Orientierungshilfe und tatsächliches, unkompliziertes Zugänglichmachen potentiell vorhandener Informationen, und im Bildungsbereich gibt es breiten Bedarf für aktuelles und gutes Material zu Umweltthemen und nachhaltiger Entwicklung. Grundvoraussetzung für die Zukunftschancen der vereinsgebundenen Umweltbibliotheken ist das Erkennen der heutigen Informationsansprüche, technologischen Informationsmöglichkeiten und Informationswege unterschiedlicher Nachfragergruppen von Umweltinformationen. Und darauf aufbauend: die bewusste Entscheidung eines Vereins, ein für einen Teilbereich passendes Angebot zu entwerfen und dafür aktiv Ressourcen und Unterstützung zu suchen und

selber einzusetzen. Das Netzwerk der Umweltbibliotheken, das dafür bisher noch viel zu selten genutzt wurde, kann für so einen Entwicklungsprozess zumindest mehr Hilfestellung bieten, als sie jeder für sich alleine hat. Und natürlich, eine grundlegende Förderung eines „Informationsnetzwerkes Umweltschutz Deutschland“ auf Bundes- und Landesebene unter Einbeziehung der Umweltbibliotheken könnte der Wirksamkeit der Umweltbibliotheken eine ganz neue Durchschlagskraft verleihen. Aber dafür wiederum bräuchte es auch eine entsprechende Konzeptionierung und Positionierung der Umweltbibliotheken beziehungsweise ihrer Träger.

//Roland Quester



Foto: Manfred Walker, www.pixelio.de

Michael Zschiesche

Der schwere Weg zu nachhaltigen Organisationen

„Es genügt nicht die einfache Wahrheit“ – Volker Braun



Sozialisation wirkt lange nach. Möglicherweise sogar noch für Generationen, die real in völlig neuen Gesellschaften leben. Was die Forschung allmählich und mühevoll ergründen muss, scheint hinsichtlich des ostdeutschen Umweltschützers auf der Hand zu liegen. Er wird aussterben, weil er seinen gewohnten Honecker-Sozialismus verloren hat und sich schwer damit tut, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen. Aber

erstaunlicherweise halten sich bestimmte Prägungen immer noch, auch bei in Ostdeutschland kurz vor oder auch nach 1990 geborenen Vertretern dieser Spezies. Das kann eigentlich nur mit Genetik gedeutet werden. Oder auch mit Anomalien, die ja ab und zu in der Natur zu beobachten sind.

Anpassungsdruck

Interessant ist nun, warum der Anpassungsdruck den gemeinen ostdeutschen Umweltschützer überfordert? Begleiten Sie mich auf eine Spurensuche. Wie war das noch in den achtziger Jahren in der DDR. Der Rauch stieg weithin sichtbar zum Himmel, das Land bestand aus vielen tausenden Schornsteinen. Es stank, selbst dort, wo man kuren wollte. Das forderte die Mutigen, die Sturen, die Leidenden geradezu heraus, das Sichtbare, das den Verfall des Landes immer mehr beschleunigte, öffentlich zu thematisieren und anzuklagen. Zumal der Ignorant Erich Honecker noch 1984 das Waldsterben in der DDR anlässlich des Staatsbesuchs des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme für al-

le Bürger unmissverständlich leugnete und damit gegenüber seinen getreuen Staatsbediensteten die Parole ausgab, ebenso abzulehnen, das nicht zu Übersehende zur Kenntnis zu nehmen. Was es nicht gibt, kann aber auch nicht thematisiert werden. Zumindest offiziell. Bis 1989 war daher auch ein Großteil der Aktivitäten der Umweltaktivisten nur darauf gerichtet, den Staat zu zwingen, das Offensichtliche zuzugeben. Wenn die Probleme so groß sind wie in den achtziger Jahren die der DDR hinsichtlich des Umweltschutzes, weiß man, dass der Kampf gegen das Leugnen des allorts Sicht- und Fühlbaren nur ein allererster Anfang bei der Lösung der Probleme sein kann. Immerhin konnten die ostdeutschen Umweltschützer hin und wieder das Westfernsehen nutzen. Die Wirkungsmöglichkeiten im eigenen Land waren demgegenüber lange Zeit nicht vorhanden. Ausstellungen, Bücher, Tagungen und Workshops konnten bis Mitte der achtziger Jahre praktisch nicht durchgeführt werden. Mit der zunehmenden Erosion der DDR und dem permanenten Zulauf von jungen, kritischen

Michael Zschiesche wurde 1964 geboren und ist seit 1991 im Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. (UfU) tätig, zunächst als Fachgebietsleiter Umweltrecht & Partizipation, später auch als Vorstandssprecher und geschäftsführender Vorstand. Zudem ist Michael Zschiesche seit 2001 im Präsidium der Naturstiftung David aktiv, seit 2007 ist er Vizepräsident der Stiftung.

Foto: Privatarchiv

Leuten in der größer werdenden informellen Umweltszene ab Mitte der achtziger Jahre konnten zumindest Treffen und damit partiell Austausch, meistens über den staatlichen Kulturbund, organisiert werden. Hinsichtlich der Wirkung eines einzigen Beitrages in einem politischen Meinungsmagazin der *ARD* oder des *ZDF* waren solche Treffen jedoch für die breite Masse der Bevölkerung in der DDR ohne Belang. Die Praxis des ostdeutschen Umweltschützers stellte denn auch im Alltag andere Anforderungen als im real existierenden Kapitalismus.

Geld spielte kaum Rolle

Man musste vor allem die Spielregeln von Konspiration beherrschen. Gefragt waren Mut, Beharrlichkeit und vor allem Improvisationsvermögen. Geld spielte eine untergeordnete Rolle. Organisationen galt es nicht am Leben zu halten. Für Samisdatliteratur reichten zur Not eine ERIKA*, gutes Durchschlagpapier und Zeit. Unabhängige Studien zu Umweltfragen zu konzipieren und womöglich noch durchzuführen oder wie beispielsweise Rudolf Bahro die Gesellschaftssysteme Kapitalismus und Sozialismus hinsichtlich ihrer Verträglichkeit in Umweltfragen grundsätzlich zu analysieren war ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen oder unterblieb weitgehend. (Umso bemerkenswerter ist es, wenn es dennoch gelang, wie die Recherche zum Uranabbau und seinen Folgen für die DDR Bevölkerung mit dem Titel „Pechblende“ von Michael Beleites zeigt.) Ebenso wäre es Vorschlägen für mehr Presse- oder Kampagnenarbeit mit DDR-Medien ergangen. Solche Instrumente standen in der DDR ostdeutschen Umweltschützern nicht zur Verfügung. Man brauchte all diese aus dem heutigen realkapitalistischen Alltag bekannten Aktionsformen von Umwelt-NGO's in der DDR nicht.

Kleine Aktionen als Kampfansage

Die Bedeutung jeder noch so kleinen und aus heutiger Sicht womöglich lächerlichen Aktion wurde allein schon durch die Ernsthaftigkeit der Staatsorgane, allen voran der Staatssicherheit, gewissermaßen gewährleistet. Denn jede noch so kleine Aktion wurde gerade wegen der Überwachung der Staatssicherheit immer auch und vordergründig zu einer politischen Kampfansage gegen das gesamte Gesellschaftssystem der DDR. Zumindest wurde sie immer als solche seitens der

Staatsmacht interpretiert. Es ging deshalb eben nicht um umweltfachliche Expertise der Umweltschützer, sondern in der Regel um die politische Sprengkraft der Aussage. Ein weiterer Unterschied zu heutigen NGO's bestand darin, dass Umweltschützer in der DDR eher „Feierabendschützer“ waren. Die Mehrheit musste nicht von dieser Tätigkeit leben. Im realsozialistischen Alltag waren Umweltschützer Mitarbeiter in Hygieneinspektionen, Buchhandlungen, freischaffend als Künstler tätig oder Mitarbeiter von Forschungsheimen, als Friedhofswärter, Hochschuldozenten oder Lagerarbeiter angestellt. Sie hatten alle halbwegs ihr Auskommen. Die materiellen Ansprüche waren niedrig in der DDR. Es gab eh wenig. So war es weder möglich, noch nötig, Strukturen und organisatorische Apparate aufzubauen oder am Leben zu halten.

Mut statt Inspiration

Alles konnte klein, flach und flexibel gehalten werden. Mit ein wenig Talent zu Improvisation war man eigentlich schon qualifiziert. Und wenn man es sogar schaffte, die Aktion ins Westfernsehen zu bringen, konnte man mit wenig Tun sehr viel Wirkung erzielen. Denn man brauchte praktisch nichts, was man nicht auch privat besaß oder von aus der DDR ausgereisten und dann als Journalisten arbeitenden Oppositionellen zur Verfügung gestellt bekam. Mitglieder hatte der staatliche Kulturbund. Aber in einem Land, in dem man eher zu einer Mitgliedschaft genötigt wurde, als freiwillig irgendwo beizutreten, kam bis zur friedlichen Revolution 1989 ernsthaft niemand auf die Idee, neue Mitgliedsverbände im Umweltschutz zu gründen. Es wäre ohnehin nicht erlaubt worden. Erst im März 1990 gab es überhaupt die Möglichkeit, sich als gemeinnützige Organisation registrieren zu lassen. So waren letztlich Inspiration und Transpiration diktaturbedingt weder nötig, um nach heutigen Maßstäben Umweltorganisationen zu etablieren, noch musste man als Umweltschützer mit ausgearbeiteten Konzepten bestehen.

Friedliche ökologische Revolution

Die Zeit der friedlichen Revolution war auch das Ende der beschränkten Möglichkeiten ostdeutscher Umweltschützer. Es öffnete sich plötzlich eine Welt, und diese offenbarte zunächst auch die Dimension der aufgehäuften Umweltprobleme. Es kam

zur bekannten Entrüstung der Öffentlichkeit über die nach und nach ans Tageslicht gelangenden Daten über die Umweltzustände in der DDR und folgerichtig auch zur Gründung neuer Umweltinitiativen, Parteien und Umweltinstitute. Im zivilgesellschaftlichen Bereich war die Gründung der GRÜNEN LIGA aus heutiger Sicht die erfolgversprechendste Initiative. Immerhin war sie von Anfang an darauf gerichtet, allen Umweltaktivisten und Umweltinitiativen ein überverbandliches Dach zu bieten. Fast zeitgleich zur GRÜNEN LIGA wurde die Grüne Partei der DDR gegründet. Und auch auf dem Gebiet der unabhängigen Umweltforschung gab es einige Initiativen. So wurde unter anderem das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU), nach dem Vorbild des Freiburger Ökoinstituts im Herbst 1989 mit wenig mehr als guten Absichten gestartet, im März 1990 dann auch offiziell gegründet. Bestimmend für die Gründungsphase und das Profil der neuen NGO's und auch der Grünen Partei sollte bald etwas anders werden. Im gleichen Maße wie die ostdeutsche Gesellschaft nach dem Herbst 1989 Schritt für Schritt immer mehr auf die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland rekurrierte, nahm die Nachfrage nach rein ostdeutschen Lösungsmodellen ab. Das betraf demgemäß auch die neuen Umweltinitiativen. Ihr Resonanzboden, im Herbst und im Frühjahr 1990 noch gewaltig groß, Höhepunkt hierbei sicherlich der Zentrale Runde Tisch, dem sogar noch ein grüner Ableger mit dem verdienstvollen Pfarrer und langjährigen Nestor der DDR-Umweltbewegung Hans Peter Gensichen aus Wittenberg folgte, war ein halbes Jahr später faktisch schon wieder verebbt.

Kapital ist gefragt nicht guter Wille

Nach der Vereinigung 1990 stand plötzlich ein neuer, verantwortungsbewusster Staat mit all seinen potenten finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung, um die Umweltschäden in Ostdeutschland zu beseitigen. Da war nicht guter Wille gefragt, sondern Kapital. Es wurden große Sanierungsprogramme für Ostdeutschland aufgelegt, zügig funktionierende Umweltverwaltungen aufgebaut und obendrein noch große neue Forschungseinrichtungen mit vielen tausenden Mitarbeitern – das größte und bedeutendste stellt das Umweltforschungs-

* Bekannte Schreibmaschinenmarke in der DDR

zentrum Leipzig, Halle Magdeburg mit heute etwa 1000 Mitarbeitern dar – gegründet. Und wo blieben die 1989 und 1990 neu gegründeten Umwelt-NGO's, allen voran die Landesverbände der GRÜNEN LIGA, das Magdeburger Umweltinstitut, der Leipziger Ökolöwe, das Leipziger Umweltinstitut, das UfU mit ihren aus Oppositionskreisen gestählten Umweltschützern? Und vor allem, wer hatte noch Lust, in diesen Organisationen weiter tätig zu werden, sie aufzubauen? Das Zeitfenster des starken Zuspruchs, ideell und finanziell an der Gründung der Organisationen mitzutun, war nur bis Sommer 1990 offen. Was sich bereits mit der Volkskammerwahl am 18. März 1990 andeutete, wurde schnell durch die „halbe Vereinigung“ der Währungsunion ab Juli 1990 zementiert. Abgerundet wurde der Weg in die Bundesrepublik schließlich im Oktober 1990 mit dem Wirksamwerden des Einigungsvertrages, der bei Lichte besehen gar kein Vertrag war, weil ein Vertragspartner bei Gültigwerden des Textes automatisch aufhörte zu existieren. All diese Ereignisse waren einschneidend und hatten vielfältige Folgen für den Alltag. Sie änderten die Ausgangssituationen für die Menschen in der DDR jeweils fundamental und damit auch für neue Projekte und Organisationen. Wenn man die Erkenntnisse der Organisationswissenschaft studiert, so ist für erfolgreiche Organisationsgründungen immer wichtig, dass die vorgestellten Rahmenbedingungen und Annahmen auch etwa fünf Jahre Bestand haben, weil man in etwa diese Zeit braucht, um in der sogenannten Pionierphase sich zu konsolidieren. Als Einzelner kann man noch relativ schnell auf neue Ausgangssituationen reagieren, aber als Organisation fällt das schwer. Wenn man innerhalb eines Jahres gleich mehrmals den Wechsel der Rahmenbedingungen verarbeiten muss, gleicht das schweren und dauerhaften Turbulenzen, die man nicht ohne weiteres durchstehen kann.

Der Zuspruch ebbt ab

Wie äußerten sich für die neuen Organisationen die sich wandelnden Ausgangsbedingungen? Zunächst darin, dass im Laufe des Jahres 1990 der starke Zuspruch der Bevölkerung der DDR, in den neuen Organisationen mitzuwirken, ideell oder finanziell, abebbte. So wurde das UfU im ersten Halbjahr 1990 von Anfragen, Bitten, Spenden und der Bereitschaft, dauer-

haft eine solche Einrichtung zu unterstützen, schier überrollt. Mehrere Tausend Anfragen und Schreiben kamen in das UfU-Büro nach Halle und Berlin. Es machte große Mühe, auch nur halbwegs die Anfragen zu bearbeiten. Ähnlich war es bei der GRÜNEN LIGA. Eine ganz entscheidende Schwächung war die Halbierung der Bankguthaben durch die Währungsunion im Juli 1990. Die kleinen Polster aus der mannigfachen Spendenbereitschaft der DDR-Bürger waren plötzlich aufgezehrt, während Löhne und Gehälter weiter in der gleichen Höhe nun mehr in DM-Beträgen gezahlt werden mussten, schrumpfte die Liquidität bedrohlich (im UfU zu der Zeit von etwa 60 000 auf 35 000 D-Mark). Zu all den Schwierigkeiten kam die Unerfahrenheit in Organisationsgründungen. Da man im Sommer 1990 noch nicht davon ausging, dass das Interesse an den Organisationen so schnell versiegen würde, widmete man dem strukturellen Aufbau der Organisationen wenig Aufmerksamkeit. Vielmehr praktizierte man – mehr oder weniger – das zu DDR-Zeiten erprobte Improvisieren.

Organisatorische Hemmnisse

Schlagkräftige Organisationen konnten so nicht entstehen. Zusätzliche Handicaps waren die bald mit Know-how und Finanzen unterstützten Ost-Gründungen der großen Umweltverbände BUND, Nabu und kurzzeitig auch Greenpeace, die schnell an Einfluss und Gewicht gewannen. Ostdeutsche Umweltorganisationen verloren so ihr Alleinstellungsmerkmal. Zudem lockten ab 1990 staatliche Stellen oder besser ausgestattete Institutionen große Teile des Gründungspersonals der ostdeutschen Umweltorganisationen in andere Tätigkeiten. Zurück blieben meist engagierte Berufsanfänger zunehmend auf ABM-Basis, da den neuen Organisationen sehr schnell das Geld ausging. In der GRÜNEN LIGA gab es wohl die meisten Generationswechsel. Von der Gründergeneration blieb in der GRÜNEN LIGA nur Klaus Schlüter, der in der Modrow-Regierung als Minister ohne Geschäftsbereich tätig war, bis heute aktiv. Matthias Platzeck prominentester Vertreter der Gründergeneration der GRÜNEN LIGA wurde hingegen Ministerpräsident

im Land Brandenburg. Diese Umstände und die darauf fußenden Erfahrungen bewirkten in den ostdeutschen Umweltorganisationen mehrere Effekte. Da man spätestens ab Frühjahr 1991 kurzfristig keine Hoffnung auf ähnlich funktionierende Apparate wie bei den großen westdeutschen Umwelt-NGO's hatte, machte sich in ostdeutschen Organisationen eine tendenzielle Geringschätzung zu Strukturen und schlagkräftigen Apparaten breit. Diese Haltung konnte auch deshalb gedeihen, da sie der Erfahrung aus DDR-Oppositionskreisen entsprach, wo man auch nur Schreibmaschine und Fotoapparat benötigte. Zum anderen konnte man durch die Kultivierung der Geringschätzung zu Apparaten und etablierten Organisationsstrukturen sein Anderssein und sein besonderes Profil in Abgrenzung zu den profilierten West-NGO's besser aufrechterhalten und markieren. Allerdings bewirkte diese praktizierte Geringschätzung zu halbwegs auskömmlichen und etablierten Strukturen eine Fortsetzung des Dilemmas, die sich in der Kluft zwischen Programmatik und realen Möglichkeiten bei ostdeutschen NGO's in den neunziger Jahren deutlich offenbarte.

Einzelkämpfertum

Den Unangepassten, Kritischen, den Kauzigen und Störrischen, den Grundsätzlichen und unkonventionell Kreativen eine organisatorische Heimat zu



Fotos: Marc Wiemers

geben, konnte so – wenn überhaupt – immer nur kurzzeitig gelingen. Dort wo Improvisation und Mangelverwaltung tragende Organisationsprinzipien darstellen, hat es zudem Teamarbeit

schwer. Der Typus Einzelkämpfer kann in einem solchen Biotop allerdings trefflich gedeihen. Und dieser ist zuweilen auch in der Demokratie, die Jorge Semprun einmal als Krise in Permanenz bezeichnet hat, fähig, Schwachstellen ausfindig zu machen und so in die Öffentlichkeit zu trans-



portieren, um eine wichtige Debatte anzuzetteln. Nur, auch der Einzelkämpfer benötigt eine Bühne, eine mediale Begleitung, auch wenn sie noch so klein sein mag und vielleicht nur im Bewusstsein des Kämpfers denn real existiert. Ohne diese Bühne oder auch Kommunikation wäre das altruistisch motivierte Umweltschützerdasein nur fehl geleitete Ich-Bezogenheit oder blanker Egoismus. Und dieser Weg in die Öffentlichkeit ist im Kapitalismus kein einfacher Weg, wie noch in den achtziger Jahren, als Westmedien sensibel waren für ostdeutsche Themen. Als Einzelner ist man hierbei überfordert, man braucht Organisationen mit spezialisierten Abteilungen. Diese wiederum bekommt man nicht zum Nulltarif. Und man weiß, ohne wahrgenommen zu werden, kann man schon mittelfristig keine Anziehung entfalten. Ohne Anziehungskraft und Beispiel wiederum wirkt das beste Programm letztlich lächerlich. Die Wahrheit liegt in der Praxis, wo Lenin recht hat, hat er recht. Und ohne Anziehung und Beispiel kann eine Organisation keine neuen Aktivist:innen anlocken. Das ist ein wichtiger Effekt von Rekrutierungsbedingungen. Beschleunigt hat die Austrocknung des ostdeutschen Umweltthemas natürlich der Erfolg der Sanierungsmaßnahmen

der Länder und des Bundes seit 1990.

Nachfolgende Generationen setzen andere Schwerpunkte

Und durch die Erfolge im Umweltschutz wurde gerade auch für die junge Generation in Ostdeutschland, die sich wie kaum eine andere Generation vorher ab 1990 in der Welt umschaute, der Problemdruck im Umweltschutz durch den Vergleich mit den Bedingungen in anderen Staaten immer relativ. Für Jugendliche wurde ab Mitte der neunziger Jahre das ostdeutsche Umweltthema fürwahr nicht die erste Begegnung mit Ungerechtigkeit in dieser Welt. Das Thema Umweltschutz wird zudem häufig als langweilig wahrgenommen, weil es sehr kopflastig daher kommt und eher ein Thema der Besserverdienenden markiert. Die ostdeutschen Umwelt-NGO's gehören aber weder zu herausragenden Think-Tanks, noch zu finanziell gut ausgestatteten Einrichtungen. Interessant ist, ob aus den möglichen fünf „Reformimpulsen der ostdeutschen Umweltorganisationen für die gesamtdeutsche Verbändelandschaft“, wie sie im Gutachten des Rates von Sachverständigen 1996 ausgeführt wurden, auch wirksame Tendenzen geworden sind (*siehe Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 13/4108 S. 229 ff.*).

Reformimpulse greifen nicht

Ein erster Impuls war hinsichtlich einer engeren Kooperation der Verbände untereinander erwartet worden, weil weniger Berührungs- und Konkurrenzängste in Ostdeutschland unterstellt wurden. Das ist nicht – zumindest nicht sichtbar – gelungen. Auch die spürbar höhere Einbindung fachlicher Kompetenz im Vergleich zu Westdeutschland kann Ostdeutschland nicht als Plus verbuchen, obgleich potentiell diese Kompetenz mit den vielen außeruniversitären Forschungsinstituten durchaus vorhanden wäre. Am stärksten hat der Reformimpuls im Bereich des innovativen Naturschutzes gegriffen. Dies ist sicher als Mehrwert der Ostdeutschen wahrzunehmen, aller-

dings als Plus wohl mehr dem staatlichen Naturschutz als den originär ostdeutschen Umweltverbänden zuzuschreiben. Die Distanz gegenüber zentralistischen und verbürokratisierten Strukturen, um einen vierten Impuls zu nennen, haben ostdeutsche Umweltverbände zwar gewahrt, aber letztlich auch nur soweit er ihren Interessen dienen konnte. Schon lange geht man auch im Osten eher pragmatisch mit den Regierenden um. Und den letzten Reformimpuls haben eher andere Umweltverbände des Westens besetzt, denn die ostdeutschen Organisationen, nämlich Erfahrungen mit kooperativen Handlungsstrategien bei gleichzeitiger Distanz gegenüber staatlichen Vereinnahmungsversuchen. Insoweit bleibt von den 1996 erwünschten Reformimpulsen 15 Jahre später kaum etwas übrig und wenn sind häufig andere Akteure (zum Beispiel staatlicher Naturschutz) dabei, diese mit Leben zu erfüllen. Die Hoffnung, dass sich aus der jungen Generation bewusste neue Aktivist:innen für die ostdeutsche Umweltszene nach entwickeln, ist leider auch nicht sehr hoch zu veranschlagen. Vorbei sind die Zeiten, dass sich engagierte Praktiker:innen aufdrängten.

Neudefinition als Ausweg

So bestehen die Überlebensstrategien ostdeutscher Umweltschützer heute darin, das Umweltthema mehr denn je in den Zusammenhang sozialer und ökonomischer Wechselwirkungen zu stellen. Bei aller Kritik besitzt hier der Weg der Partei Bündnis90/Die Grünen Vorbildcharakter. Die Grünen wären schon lange in der Marginalität verschwunden, setzten sie vorwiegend auf grüne Themen. Auch die ostdeutschen Umweltschützer stehen in der Pflicht, grün neu zu definieren und so Alternativen zum wachstumsfetischisierten Kapitalismus zu entwickeln. Manche Ostdeutsche sind auf diesem Weg schon ein Stück voran gekommen. Die Doppelstrategie besteht darin, wirksamer als bislang Gesellschaftskritik zu üben und gleichzeitig konstruktive und lebbar (Beispiel) Alternativen zu entwickeln. Und die verbliebenen Organisationen auf ein Mindestmaß an Stabilität zu führen. Hierfür muss sich der Typus des umweltkritischen DDR-Oppositionellen mit dem des kreativen Westdeutschen verbinden. Immer noch.

//Michael Zschiesche

Oliver C. Pfannenstiel

Umweltbewegung 2.0

20 Jahre gemeinsame Ost-West-Ökokultur

1990 entstand die GRÜNE LIGA. Sie hat viele Impulse von Umweltverbänden aus dem Westen bekommen und auch vieles übernommen, womit die West-Ökos bis dato jahrelang umweltpolitisch aktiv waren. Es ist eine Ost-West-Ökokultur entstanden, die an einigen Punkten zusammengewachsen ist und sich an anderen Stellen unterscheidet. Dieser Artikel will einige Merkmale dieser Kultur aufgreifen, die sich heute neuen Herausforderungen stellen muss.

1989 war alles anders

Die Probleme werden seit 1989 als komplexer wahrgenommen. Damals waren Begriffe wie Gentechnik, Lichtverschmutzung, Flächenversiedelung und Windparks weitgehend unbekannt. Die Umweltbewegung konzentrierte sich im Osten und im Westen auf altbekannte Probleme wie Atomkraft, Waldsterben, Luft- und Gewässerverschmutzung sowie Abfallentsorgung. Immer noch stand an vorderster Stelle der Natur- und Umweltschutz. Kulturell ist die Umweltbewegung ein Kind der Flower-Power-Bewegung. Nicht zuletzt rührt ihr enger Bezug zur Friedensbewegung daher. Seit den 1970ern assoziierte man im Westen und später auch im Osten Umweltschützer stets mit langbärtigen Hippies und esoterischen Blumenkindern, die ihre Verbundenheit zur Natur in ihrer alternativen Lebensweise zum Ausdruck brachten. Dritte-Welt-Läden, Open-Air-Konzerte (von Gorleben bis Goa) und alternative Zentren sah man als ihr Zuhause. Für die einen bedeutete ökologisches Engagement Konsumverzicht, Kapitalismuskritik und Subkultur. Für die anderen ging es um eine gerechte, ökologisch nachhaltige Welt ohne sinnlose Umweltzerstörung und Verschmutzung oder um beides. Wie heißt es so treffend bei Wikipedia: „Ziel der meisten Umweltbewegungen und ihrer Mitstreiter (Umweltaktivisten) ist ein grundlegender Wandel im Verhältnis Mensch-Umwelt.“ Für einige kann man ergänzen: „Mensch-Tier-Umwelt.“ In den Grundsätzen der GRÜNEN LIGA von 1994 lesen wir von einer gerechten Welt ohne Ausbeutung

und Unterdrückung. Trifft das alles heute noch auf die Umweltbewegung zu? (Wie) hat sie sich verändert? Beispielhaft sollen hierzu die Themen Konsum und Abfall kurz aufgegriffen werden, um die Entwicklung der Umweltbewegung zu verstehen.

Ökologische Wiedervereinigung

Vor der Wende hatten Ökos im Osten und im Westen eine gemeinsame Essgewohnheit: Sie aßen keine Bananen. Im Osten gab es sie nur sehr selten. Im Westen symbolisierte die Banane Ausbeutungsverhältnisse der United Fruit Company („Chiquita“) in Lateinamerika und DDT-Kontaminierung. In einigen Punkten waren die Umweltbewegungen in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich. Während im Westen die Ökos „ideologisch“ und subkulturell klar dem linken Spektrum zuzuordnen waren, gehörte Umweltschutz in der DDR zu den staatlichen Tabuthemen und trieb die Aktivisten in die Nähe der evangelischen Kirche, die relativen Schutz bot. Bis zur Wende gab es einige Umwelt- und Stadtökologiegruppen (Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund), die sich mit Bitterfeld (Chemie), Greifswald (AKW) und der Lausitz (Kohle) auseinandersetzten, aber nicht zwangsläufig wie typische Ökos aussahen. Sie forderten beispielsweise den Zugang zu Umweltinformationen und konkrete staatliche Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung wie zum Beispiel die Einführung von Industriefiltern gegen die Luftverschmutzung. Etwas später kümmerten sich die Gruppen im Osten selbst um die Informationsbeschaffung, in dem sie recherchierten und (doch sehr begrenzten) Zugang zu staatlichen Stellen besaßen. Aber auch das reichte nicht aus. Es entstanden Umweltbibliotheken und ein Austausch der Aktivisten untereinander. Auch im Bereich Konsum gab es Unterschiede. Im Westen gründete man Food Coops, eine Initiative, selbst verwaltet Ökofood beim Großhändler einzukaufen. Ungespritzte und halbwegs giftfreie Lebensmittel gab es im Osten lediglich unter dem Label „Privatan-



bau“. In der DDR gab es Übersee-Produkte aus sozialistischen Bruderländern (zum Beispiel Cuba, Angola, China). Auch im Westen tranken Ökos Kaffee aus Nicaragua und achteten auf das Fair-Trade-Siegel; Produkte aus sozialistischen Ländern wurden besonders gerne gekauft. Der FairTrade-Ansatz kam nach 1989 schrittweise mit den ersten Dritte-Welt-Läden auch nach Ostdeutschland. Wie ging man mit dem Abfall um?

Kaufen – kurz gebrauchen – wegwerfen

Was im Westen an Schulen im Ethikunterricht vermittelt wurde, galt im Osten bis 1989 als Staatsgeheimnis: Der Zusammenhang zwischen privatem Konsum und Umweltzerstörung/Verschmutzung. Was im Osten selbstverständlich war, konnte im Westen aufgrund der hohen Abfallberge gar nicht umgesetzt werden: In Punkto Abfallverwertung war die DDR mit ihrem Wiederverwertungssystem der BRD in vielen Punkten voraus. Das lag aber auch daran, dass dort nicht so viel unnötiger Müll produziert wurde wie im Westen. Produkte made in GDR wurden nicht billig und auf Verschleiß hergestellt. Stereoanlage, Gefriertruhe oder Bekleidung sollte lange ihren Dienst tun. Im Westen hingegen gab es die ganze Produktpalette von teuren langlebigen Artikeln bis hin zu

Oliver C. Pfannenstiel ist freiberuflicher Journalist und Texter. Seit 1999 ist er Alligator-Redakteur; seit 2001 im Ehrenamt. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Einweg-Billigrasch in sämtlichen Regalen. Nach der Wende haben für die Ostdeutschen viele Konsumprodukte aufgrund niedriger Herstellungskosten ihren materiellen und somit ideellen Wert verloren. Vieles wird unter Billiglohnbedingungen in China produziert, besitzt mindere Qualität und man wertschätzt es nicht mehr. Nur wofür viel Geld ausgegeben wird, das hegt und pflegt man wie sonntags den BMW in der Autowaschanlage. Was man nicht mehr braucht, landet meistens auf dem Müll. Der wird inzwischen weltweit gehandelt, dann verbrannt oder vergraben. Die westdeutsche Umweltbewegung reagierte

positivem Durchhaltevermögen, innerhalb dieser Zustände ein nachhaltiges, ökologisch sinnvolles Gegengewicht zu schaffen (alternative Lebensentwürfe).

Alles nur Placebo?

Die guten Vorsätze und mit ihnen bestimmte libertäre Grundsätze scheinen auszusterben. Bleibt nur noch die ökologische Modernisierung des Kapitalismus übrig? Die guten alten Bioläden verschwinden, während die Biosupermarktketten und FairTrade-Sortimente der großen Discounter wachsen. Heute fragt man sich, ob denn nicht ein Angestellter bei Aldi einen sichereren, geregelteren und besser bezahlten Arbeitsplatz hat als ein Bioladenbetreiber. Ist es dann verwerflich, wenn Discounter zunehmend mehr Bioprodukte in ihr Sortiment nehmen oder Gentechnik aus den Regalen verbannen? Vieles von dem, was in der Umweltbewegung in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, dient heute der kapitalistischen Modernisierung: die erneuerbare Energie, Ökofood, ökologisch nachhaltige Mobilität mit Biosprit et cetera. Man nimmt die Gesellschaft so, wie sie ist, und ersetzt bestimmte Produkte durch ökologisch nachhaltige Waren und Dienstleistungen. Man kann es sicherlich als einen Fortschritt sehen, dass die CO₂-Werte mit Hybridautos sinken, die Energiesparlampe sich durchgesetzt hat und die erneuerbaren Energien auf dem Vormarsch sind. Die einen sehen es als Teilerfolg, die anderen werten das als Funktionalisierung



bereits vor Jahrzehnten darauf mit Secondhand-Shops, Dritte-Welt-, Bio- und Umsonstläden. Der Osten folgte diesem Beispiel. Die Müllberge sind seitdem trotzdem gewachsen. Diese Komplexität von Umweltproblemen erschlägt heute. Man schwankt zwischen Aktivismus, der sich meistens nur auf einen Bereich konzentriert, Fatalismus und Resignation, dass alles sowieso den Bach hinunter geht und

der Umweltbewegung für eine Gesellschaft, deren Wachstum beziehungsweise Markt keine Grenzen kennt und die sich alle Protestbewegungen einverleibt. Wer sich gegen bestimmte Entwicklungen stellt, wird als Ewiggestriger gesehen. Wer mit der Zeit geht, ist hip.

Mit der Zeit gehen

Schwimmt man gegen den Strom oder

schwimmt man trotzdem in ihm? Nun, 20 Jahre später verbindet man mit dem Begriff Netzwerk, der ja auch Bestandteil des GRÜNEN LIGA-Selbstverständnisses ist, etwas anderes als zuvor. Jeder noch so aufrechte Öko kommt heute nicht ohne E-Mail und Internet aus. Die Kommunikation findet verstärkt online statt. Überall sind im Internet mit Myspace, Facebook, Xing, sogenannte soziale Netzwerke entstanden, in denen die Menschen über alles Mögliche diskutieren; auch über Umweltfragen, Menschenrechte und Friedenspolitik. Auch die Umweltbewegung bedient sich der neuen Medien. Es gibt den Umweltbibliotheken-Wegweiser, zahlreiche Diskussionsforen, Online-Abstimmungen und -Petitionen sowie Kampagnen, die die Leute mobilisieren möchten. Andererseits verbraucht das Internet soviel Strom, wie kein anderes Medium, das zuvor die Leute erreicht hat. Man wirbt mit Interaktivität, während man das Kissen vor dem Rechner platt sitzt und gegebenenfalls in ein Headset spricht beziehungsweise den anderen dabei auf dem Bildschirm sieht. Ist das die neue Form des Miteinander-Kommunizierens? Schafft sich das Internet eines Tages selbst ab, und die Menschen reden außerhalb von Fachforen und Chats wieder mehr miteinander? Oder kommunizieren sie heute dank des Internets generell mehr? Die GRÜNE LIGA gehört heute glücklicherweise zu den wenigen Umweltverbänden, deren Mitglieder mehrheitlich ihre Aktivitäten auf Streuobstwiesen, in Vor-Ort-Initiativen und eben dort, wo es brennt, ausdehnen. Es ist aber nicht zu leugnen, dass die Bewegung altert. Es stellt sich die Frage, wie man die Jungen besser erreicht. Vielleicht muss die GRÜNE LIGA sich weiter in die „Höhle des Löwen vorwagen“ und ihre Onlineaktivitäten ausweiten, um diese Menschen besser zu erreichen. Vielleicht schafft sie das auch jenseits einer Umweltbewegung 2.0. Entweder geht man mit der Zeit oder man muss eben mit der Zeit gehen, wenn man nicht mithalten kann.

// Oliver C. Pfannenstiel, Redaktion Alligator

Was läuft? – Einblicke in die aktuelle Arbeit

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Der Gewässerschutz war stets ein Arbeitsfeld der GRÜNEN LIGA e.V., Projekte wie das „Ökoprotjekt Elberaum“ oder die Kampagne „Lebendige Flüsse für Ostdeutschland“ starteten gleich nach der Wende. Seit 2002 führt die GRÜNE LIGA Projekte zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch. Das aktuelle Projekt der GRÜNEN LIGA zielt darauf ab, den Prozeß der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in der Phase der Maßnahmenplanung und -umsetzung kritisch und konstruktiv zu begleiten. Dies soll – in Zusammenarbeit mit anderen Umweltverbänden – sowohl auf europäischer Ebene als auch in den deutschen Flußgebieten erfolgen.

Der Schwerpunkt liegt auf den Themen Gewässerentwicklungsplanungen, Verhältnis zum Hochwasserschutz, ökonomische Instrumente – insbesondere Wasserpreise und -abgaben – und Anpassung an den Klimawandel.

Wichtige Projektbausteine sind: die

Teilnahme an Arbeitsgruppentreffen des CIS-Prozesses auf europäischer Ebene, die Erstellung von Positionspapieren zu wichtigen wasserwirtschaftlichen Fragestellungen sowie die Durchführung von zwei Seminaren und einem internationalen Workshop. Darüber hinaus werden zwei weitere Ausgaben der WRRL-Info erstellt (eine davon s. Beilage zu diesem *Alligator*) sowie die Beispielsammlung der GRÜNEN LIGA (Steckbriefe/Factsheets) zur guten und schlechten Praxis in der Wasserwirtschaft erweitert beziehungsweise für die internationale Diskussion in englischer Sprache aufbereitet.

Die Beispielsammlung dient dazu, Ansätze der praktischen und konkreten Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu verdeutlichen und Impulse für die Bewirtschaftungspläne und insbesondere die Maßnahmenprogramme zu geben.

//Katrin Kusche



Best practice – Beispiele in Deutschland und Tschechien

In diesem Projekt strebt die GRÜNE LIGA die verbandsübergreifende Vernetzung der Nichtregierungsorganisationen in den Flusseinzugsgebieten an, im Fokus steht die Vertiefung der Kooperation zwischen Deutschland und Tschechien. Hierzu startete der Bundesverband der GRÜNEN LIGA das Projekt „Best practice – Beispiele in Deutschland und Tschechien“. Zusammen mit dem tschechischen Umweltverband Arnika sowie weiteren tschechischen Kooperationspartnern wird seither für eine anspruchsvolle Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere in den Flusseinzugsgebieten Elbe und March, gearbeitet. Zu diesem Zweck präsentieren die GRÜNE LIGA und Arnika einem tschechi-

schen Fachpublikum (Verbänden, Behörden, Planungsbüros) ausgewählte gute Beispiele für Umsetzungsmaßnahmen aus der deutschen Wasserwirtschaft. Die bestehenden Steckbriefe der GRÜNEN LIGA zu positiven Gewässerschutzmaßnahmen werden ins Tschechische übersetzt sowie Seminare und Exkursionen in Deutschland und in der Tschechischen Republik durchgeführt, bei denen die ausgewählten Projekte besucht und mit Fachleuten auf deutscher und tschechischer Seite diskutiert werden.

Die mehrtägigen Exkursionen führten bisher in den Raum Hamburg/Bremen, in den Bereich um Prag sowie nach Südbayern. Projektträger, -partner und zuständige Behörden erläutern

Maßnahmen und Zielerreichung vor Ort. Von besonderem Interesse für die tschechischen Teilnehmer war dabei die Verbindung von Projektdurchführung und intensiver Öffentlichkeitsbeteiligung. Eine weitere Exkursion führt im Mai 2010 in den Bereich um Usti nad Labem sowie nach Sachsen und Thüringen. Die zwei bereits durchgeführten Projektseminare in Prag stießen ebenso wie die Exkursionen auf überwältigende Resonanz. Das Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt über das „Beratungshilfeprogramm für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens“ gefördert. //Katrin Kusche

Auf der Seite www.wrml-info.de hat die GRÜNE LIGA Projektergebnisse sowie Informationen zum Projekt online verfügbar gemacht, unter anderem die Steckbriefe in tschechischer Sprache und die Seminarbeiträge der Referenten.

Ruhige Inseln oder Lärmwüsten

Marc Wieners



Ausgangslage

Im Jahre 2002 wurde von der EU die Umgebungslärmrichtlinie verabschiedet. Die Mitgliedsstaaten hatten die übliche Frist zur Umsetzung in nationales Recht. In Deutschland wurde die Richtlinie erst im Jahre 2005 in das BImSchG §47 integriert beziehungsweise der alte §47 ersetzt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist in §47d (3) geregelt. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit sind dort sehr mager ausgefallen. Im April 2007, als die GRÜNE LIGA mit ihrem

ersten Projekt zur Umgebungslärmrichtlinie startete, war folgender Arbeitsstand zu konstatieren: Die Regierung hatte – wie in der Umgebungslärmrichtlinie vorgesehen – die entsprechenden Ausgangsdaten an die EU gemeldet. Ziel des GRÜNE-LIGA-Projektes zur Umgebungslärmrichtlinie war es, Betroffene, Verbände und Behördenvertreter für das Thema Umgebungslärm zu sensibilisieren, um so langfristig die Minderung der Lärmbelastung zu erreichen. Die GRÜNE LIGA wirkte mit ihrem Projekt auf eine sinnvolle und vernünftige, eine effektive und möglichst kompetente Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Umgebungslärmrichtlinie (UGLR) als erstrebenswertes Ziel für alle Seiten hin. Zentrale Elemente der Projektumsetzung waren: die Konzipierung und Erstellung einer Internetpräsenz sowie ihre laufende Aktualisierung, die Erstellung von Rundbriefen zu inhaltlichen Themen der Umgebungslärmrichtlinie, die Durchführung von Workshops sowie die Erstellung eines Projektflyers, einer Postkarte sowie einer Ausstellung. Das Projekt stieß auf sehr positive Resonanz und erzielte die gewünschte Wirkung.

Projekt-Veranstaltungen

Ein wichtiger Projektbaustein waren die von der GRÜNEN LIGA in verschiedenen Großräumen Deutschlands durchgeführten Veranstaltungen. Sie dienten der Schulung, Motivierung beziehungsweise Mobilisierung sowie Vernetzung der betroffenen Personen, Verbände und Behördenvertreter. Die Veranstaltungen des Projektes wurden als Workshop konzipiert. Als Ziel wurde definiert, grundsätzlich Referenten einzuladen, die ein belastbares Verständnis für den Zeitrahmen und die Abläufe der Umgebungslärmrichtlinie vermitteln und die die verschiedenen Aspekte der Umgebungslärmrichtlinie und deren Umsetzung mit Praxisbezug beleuchten. Die Workshops fanden in den Städten Leipzig, Hamburg, Düsseldorf, München und Berlin statt. Die Vorträge der Referenten sind auf der Internetseite www.uglr-info.de nachzulesen.

Projekt-Publikationen

Im Zuge des Projektes wurden verschiedene Materialien erstellt, die

der Unterstützung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Umgebungslärmrichtlinie dienen. Konzept für alle Materialien war daher: Verständlichkeit hat Priorität. Die erarbeiteten Materialien liegen gedruckt vor und werden auch im Internet zum Download angeboten. Publiziert wurden ein Projektflyer, vier Ausgaben eines fachlichen Rundbriefes sowie eine Postkarte. Der Flyer und einige der Rundbriefe wurden aufgrund der starken Nachfrage in zwei Auflagen hergestellt, die gedruckten Ausgaben können über die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA bezogen werden.

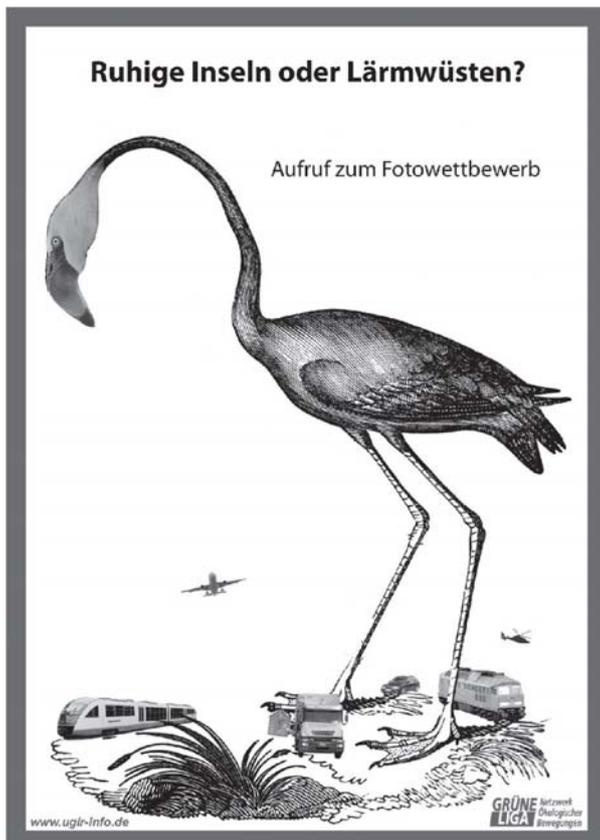
Ausstellung

Ausgeliehen werden kann darüber hinaus eine Ausstellung zur Umgebungslärmrichtlinie – ebenfalls Bestandteil des Projektes. Zur Information der Öffentlichkeit – sowohl der von Lärm Betroffenen als auch der mit der Umsetzung befassten Verwaltungsvertreter – wurden insgesamt neun Poster erstellt. Auf den Tafeln werden die wichtigsten Aspekte der Umgebungslärmrichtlinie erklärt und dargestellt.

Fotowettbewerb

Die GRÜNE LIGA setzte im vergangenen Jahr ihre Arbeit zur Lärminderung kontinuierlich fort. So referierte sie auf mehreren Veranstaltungen zum Thema, unter anderem am Tag gegen Lärm in Berlin und Leipzig. Im Juli 2009 begann der Verband ein neues Projekt. Mit einem Fotowettbewerb und Lärmspaziergängen soll die Mitwirkung der Öffentlichkeit bei der Umgebungslärmrichtlinie gefördert werden. Darüber hinaus wird im Projekt die oben erwähnte Rundbriefserie fortgesetzt (vgl. Beilage Alligator 12-2009-1/2010). Der Fotowettbewerb unter dem Titel „Ruhige Inseln oder Lärmwüsten?“ läuft seit Mitte Dezember 2009. Die Projektmitarbeiter sind über die Resonanz erfreut, schon am ersten Tag des Wettbewerbs gingen Fotos ein und der Zuspruch hält an. Die GRÜNE LIGA freut sich über weitere Zusendungen!

//Marc Wiemers, Katrin Kusche



Jetzt was tun, Mensch! Mitglied werden!



GRÜNE LIGA e.V. - Netzwerk Ökologischer Bewegungen - Beitrittserklärung:
Ich/wir* möchte/n* Mitglied der GRÜNEN LIGA e.V. werden.

- Fördermitglied
Monatlicher Mindestbeitrag 5 Euro. Anderer BeitragEuro.
- Ordentliches Mitglied (natürliche Personen)
Monatlicher Mindestbeitrag 5 Euro. Anderer BeitragEuro.
- Ordentliches Mitglied (juristische Personen)
Monatlicher Mindestbeitrag 25 Euro. Anderer BeitragEuro.

Ich/wir* zahlen den Beitrag quartalsweise zu Quartalsbeginn / jährlich zu Beginn des Jahres* auf das Konto der GRÜNEN LIGA e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank, Kto.-Nr. 8025676901, BLZ 43060967 ein. Ich/wir* möchten per Einzugsermächtigung zahlen. Bitte senden Sie mir/uns* ein entsprechendes Formular . (*Nichtzutreffendes bitte streichen. Bei bitte Auswahl treffen und ankreuzen.)

Name/Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte senden an: GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.



DOWNTOWN

Wasserdichte Fahrrad-Aktentasche

5 Jahre Garantie
Made in Germany
www.ortlieb.com



variabler Deckelverschluss

schnelles Einhängen und Abnehmen durch Quick-Lock2-System

funktionaler Organizer

abnehmbarer Schultergurt



Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎: 030/443391-70 ☎: -75
✉: glinternat@grueneliga.de

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20 ☎: -21
✉: pflanzenoel@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o Landesgeschäftsstelle der
GRÜNEN LIGA Berlin e.V.
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/4 43 39 144

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche, c/o BGSt.

Facharbeitskreis Energie
Hardy Rößger und Tilo Wille;
Tilo Wille, c/o Ökolöwe Leipzig
☎: 0341/3 06 51 80 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Evangelisch-Kirch-Straße 6
66111 Saarbrücken
☎: 0681/3 90 78 08 ☎: -38
✉: pflanzenoel@web.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 19
01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9, 19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König,
Aubertstraße 37, 13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur, Lindenstraße 34
14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp. e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450
✉: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Chemnitz
Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
☎: 0371/304470
✉: chemnitz@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
☎: 03591/605860
☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
☎: 03435/920089
☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
oder: vs.gruene.welle.Umwelt@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro IG Stadtökologie Zwickau
Kleine Biergasse 3
08056 Zwickau
☎: 0375/27721-71
☎: 0375/27721-77
✉: ig.stadtoekologie@arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239
08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b
99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/5 31 30
✉: thueringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Erfurt
✉: erfurt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof
37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Chemnitz Straße 40
09599 Freiberg
☎: 03731/797292
☎: 03731/797292
✉: info@gruene-liga.de

Projektbüro LA 21 Südwest
Bahnhofstraße 16, 98527 Suhl
☎: 03681/353971

Mehr unter:
www.grueneliga.de